

EUROPA-INFORMATIONEN

INFORMATIONSBÜRO DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

Liebe Leserinnen und Leser,

zum heutigen 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland nach 13 ½ Jahren wieder die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (Rat). Auch damals im Januar 2007 hieß die deutsche Bundeskanzlerin Merkel und Europa währte sich in einer schweren Krise. Der Verfassungsvertrag, den ein Konvent aus Vertreterinnen und Vertretern des Europäischen Parlaments, der Staats- und Regierungschefs, Repräsentanten der nationalen Parlamente, der Kommission sowie der Beitrittsländer in den Jahren 2002 und 2003 erarbeitet hatte, war in 2005 endgültig gescheitert. In Referenden in den Niederlanden und in Frankreich im Sommer 2005 hatten sich die Bevölkerungen mehrheitlich gegen den Vertrag ausgesprochen. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen auf dem EU-Gipfel am 16./17. Juni 2005 in Brüssel, eine „Phase der Reflexion“ im Prozess der Ratifizierung des Vertrages über eine Verfassung für Europa einzulegen. 2007 war es dann an der deutschen Ratspräsidentschaft, in diesen Prozess neuen Schwung zu bringen. Mit viel harter Arbeit und Verhandlungsgeschick gelang es, die wesentlichen Inhalte des Verfassungsvertrages zu bewahren und einen neuen Vertrag zu gestalten, der in der nachfolgenden portugiesischen Präsidentschaft unterzeichnet wurde und als „Vertrag von Lissabon“ noch bis heute die Arbeitsgrundlage der Europäischen Union darstellt.

Im Rückblick wünscht man sich fast die Krisen von früher zurück. In den Jahren seit 2007 wurde die Europäische Integration auf eine Vielzahl von schweren Proben gestellt: Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 ff. mündete in eine Staatsschuldenkrise, die den Euroraum an den Rand des Zerfalls geführt hat. Das europäische Asylsystem traf in den Jahren 2014 ff. ohne ausreichende Vorbereitung auf eine stark steigende Zahl von Hilfesuchenden. Das Brexit-Referendum aus Juni 2016 verfolgt uns mit seinen Konsequenzen bis zum heutigen Tag. Populisten von links und rechts haben von diesen Ereignissen profitiert und sie befördert.

Zusätzlich zu alledem hat die Corona-Pandemie Europa in den letzten Monaten schwer getroffen. Zum Stichtag 22. Juni 2020 sind ca. 1,5 Mio. Menschen positiv auf das neue Corona-Virus getestet worden (EU 27 und Vereinigtes Königreich). Ca. 174.000 Menschen sind an Covid-19 gestorben. Die europäische Wirtschaftsleistung ist dramatisch eingebrochen. Eine neue Dimension der Krise ist die mit der Corona-Pandemie verbundene Einschränkung der Arbeitsfähigkeit der europäischen Institutionen, die sich auch an die Regeln der sozialen Distanz halten müssen. Nach Schätzungen kann mit den verbleibenden Möglichkeiten der Verhandlungen z.B. per Videokonferenz nur ca. 20% der Arbeitskapazität erreicht werden.

Aber natürlich liegen auch in dieser Krise viele Chancen: Der Druck, sich auf mutige Lösungen zu verständigen, ist groß. Mit den zusätzlichen Mitteln, die in den nächsten Jahren im Rahmen eines Corona-Wiederaufbauplans investiert werden sollen, können große Fortschritte bei der Umsetzung des European Green Deal und der Digitalisierung erreicht werden. Viel wird davon abhängen, ob sich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs am 17. und 18. Juli 2020 bei seiner voraussichtlich ersten Präsenz-sitzung seit Beginn der Pandemie auf einen neuen Mehrjährigen Finanzrahmen und die Details des Wiederaufbauplans wird einigen können. Das Informationsbüro Mecklenburg-Vorpommern wird Sie wie üblich über alles Wichtige auf dem Laufenden halten.

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,
Dr. Lars Friedrichsen

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Übergreifende Themen | 5 |
| Staats- und Regierungschefs noch nicht einig zu EU-Haushalt und Wiederaufbauplan | 5 |
| Gemeinsam Europa wieder stark machen - Deutsche Ratspräsidentschaft ab 1. Juli 2020 | 6 |
| Inhalte der deutschen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020..... | 7 |
| Kulturprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft | 8 |
| Earth Speakr interaktives Kunstwerk..... | 9 |
| EU unterstützt sicheren Reiseverkehr und Tourismus | 9 |
| Schwierige Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU/UK nach Brexit..... | 9 |
| DESI-Index | 10 |
| Neue Sonderausschüsse im EP..... | 10 |
| 2. Inneres | 12 |
| 2-Jahresbericht zur Datenschutz-Grundverordnung: Positives Fazit..... | 12 |
| Kommission will Einreisebeschränkungen teilweise lockern..... | 12 |
| Innenministerrat zu Aufhebung der Reisebeschränkungen und Bekämpfung von OK..... | 12 |
| RescEU-Flotte zur Waldbrandbekämpfung wird erweitert | 13 |
| 3. Justiz, Verbraucherschutz..... | 14 |
| EU-Strategie für Opferrechte | 14 |
| Trilog einigt sich auf Verbandsklagen-Richtlinie zum Verbraucherschutz | 14 |
| EuGH: Ungarn beschränkt Organisationen der Zivilgesellschaft unrechtmäßig..... | 14 |
| Anzuwendendes Recht bei Forderungsübertragungen..... | 15 |
| 4. Finanzen | 16 |
| Kommission stellt EU-Haushalt 2021 in den Dienst des Wiederaufbaus..... | 16 |
| Europäischer Rechnungshof untersucht Geldwäsche im Bankensektor | 16 |
| Kommission befragt Öffentlichkeit zu EU-Standard für grüne Anleihen..... | 16 |
| Nachhaltiges Finanzwesen: Parlament nimmt Taxonomie-Verordnung an | 17 |
| 5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Aussenwirtschaft..... | 18 |
| Tagung der Kohäsionsminister*innen mit Kommissarin Ferreira | 18 |
| Kommission: Übernahmeschutz für Unternehmen..... | 18 |
| Meereswirtschaft ebnet den Weg für europäischen Grünen Deal | 18 |
| Coronavirus: EU-Handelsminister tauschen sich über Handelspolitik aus | 18 |
| Schutz vor Coronavirus am Arbeitsplatz: EU-Regeln aktualisiert | 19 |
| Kommission: Befragung der Sozialpartner zu Mindestlöhnen in der EU | 19 |
| Europäische Impfstrategie vorgestellt | 19 |
| Corona-Warn-Apps sollen grenzüberschreitend funktionieren | 19 |
| Ratsschlussfolgerungen zur Digitalstrategie der Kommission | 19 |
| EuGH: Haftpflichtversicherungsschutz bei Brustimplantaten | 20 |
| EuGH: Keine Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel | 20 |
| Weltweite Coronavirus-Krisenreaktion: Finale des Spendenmarathons | 20 |
| Globaler Impfgipfel..... | 20 |
| Kommission: Konsultation zu Fahrplan für geplante Arzneimittelstrategie | 21 |
| Coronavirus: Kommission und ESA stellen neue Plattform vor | 21 |
| Kommission, EIB und Investitionsbank Berlin gemeinsam gegen Malaria | 21 |
| Coronavirus: Geschlechtsspezifische Einflüsse | 21 |
| EU-Bericht zu suchtmittelbezogenen Infektionskrankheiten | 21 |
| Handbuch für effizienten Ressourceneinsatz in der Gesundheitsversorgung | 22 |
| Webplattform Re-open EU | 22 |
| Jahresbericht zu Handelshemmnissen: Protektionismus bleibt ein Problem..... | 22 |
| EU-China-Gipfel: Neuer Termin offen | 22 |
| Corona-Beihilferahmen zugunsten kleiner Unternehmen und Start-ups gelockert..... | 22 |
| 6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt..... | 24 |
| Mehr Geld für Landwirtschaft und Fischerei um grünen Übergang zu erleichtern..... | 24 |
| Verlängerung der derzeitigen GAP-Vorschriften bis Ende 2022 | 24 |
| Absatzförderung finanziell aufgestockt in der Coronakrise | 25 |
| Mehr als 90 % der deutschen Badestellen von ausgezeichneter Qualität | 25 |

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| ERH: Biodiversität auf landwirtschaftlichen Nutzflächen rückläufig | 25 |
| Umweltausschuss kündigt Gespräche zu GAP auf | 25 |
| Untersuchungsausschuss zum Tierschutz bei Tiertransporten | 26 |
| Wasserrahmenrichtlinie wird nicht überarbeitet | 26 |
| EEA Bericht zur Lebensmittelverschwendung | 26 |
| Wölfe auch in Siedlungsgebieten geschützt..... | 27 |
| Umwelt-Rat : Green Deal für Erholung nach der COVID-19 -Pandemie | 27 |
| Agrar- und Fischereirat berät Fangquoten und GAP..... | 27 |
| Meere und Ozeane besser schützen | 28 |
| EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Landwirtschaftsministeriums | 28 |
| 7. Bildung, Wissenschaft, Kultur..... | 29 |
| Öffentliche Konsultation zum Aktionsplan für digitale Bildung | 29 |
| Umschulung und Weiterbildung – Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit | 29 |
| Bewältigung der COVID-Krise in der allgemeinen und beruflichen Bildung | 29 |
| 314 Mio. € zur Bekämpfung des Coronavirus und den Aufbau aus Horizont 2020 | 29 |
| Gestaltung der digitalen Zukunft Europas | 30 |
| Leistungsbericht zu Forschung und Innovation veröffentlicht | 30 |
| Hochleistungsrechner zur COVID - 19 Forschung..... | 30 |
| Europäischer Verteidigungsfonds - 205 Mio. € Förderung..... | 31 |
| EU geförderte Kooperationsprojekte 2020 im Kulturbereich..... | 31 |
| Social Media-Kampagne „Europe’s Culture – close to you“ | 31 |
| Online Konsultation zu digitalen Technologien für das kulturelle Erbe | 31 |
| 8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung..... | 32 |
| Videokonferenz des informellen Energierates..... | 32 |
| Europäischer Rechnungshof rügt Verzögerungen beim transeuropäischen Kernnetz | 32 |
| Rat bestätigt Maßnahmen zur Verwirklichung des Verkehrsnetzes (TEN-V) | 32 |
| Statistiken zur Straßenverkehrssicherheit 2019 – Was steckt hinter den Zahlen? | 33 |
| Kommission holt Meinungen zu Gebäuderenovierung ein..... | 33 |
| Bewertung der Kostensenkungsrichtlinie für den Breitbandausbau..... | 33 |
| Bewertung der EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen beim Breitbandausbau | 34 |
| Deutschland im digitalen Vergleich in der EU an Platz zwölf..... | 34 |
| Roaming-Verordnung läuft aus: Kommission eröffnet Konsultation für neue Gesetzgebung.. | 35 |
| WiFi4EU: Vorläufige Ergebnisse der vierten Ausschreibungsrunde für WLAN-Förderung | 35 |
| Kommission legt technische Merkmale für 5G-Netzinfrastruktur fest | 35 |
| Geförderte Projekte aus dem Bereich des Energieministeriums | 35 |
| 9. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport..... | 36 |
| Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Sport..... | 36 |
| Wiederaufbau des Sportsektors nach der Corona-Pandemie..... | 36 |
| EU-weiter Bericht zum demographischen Wandel vorgestellt | 36 |
| 10. Medien..... | 37 |
| Projekt gegen Desinformation | 37 |
| Bewertung der Bekämpfung von Desinformation..... | 37 |
| 11. Ausschuss der Regionen | 38 |
| 139. Plenartagung des Ausschusses der Regionen | 38 |
| 12. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit | 39 |
| Meereswirtschaft ebnet den Weg für europäischen Grünen Deal | 39 |
| Neuer Generaldirektor des Ostseeratssekretariats | 39 |
| Ostseeparlamentarierkonferenz und Stakeholder-Forum zur EU-Ostseestrategie | 39 |
| Schleswig-Holstein: Vorsitz in der Norddeutschen Koordinierung in Ostseeangelegenheiten | 39 |
| Die Baltic Sea Youth Platform bietet Mitarbeit in Arbeitsgruppen an | 40 |
| 13. Laufende Konsultationen | 41 |
| 14. Termine..... | 43 |
| 15. Ansprechpartner | 44 |

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

Staats- und Regierungschefs noch nicht einig zu EU-Haushalt und Wiederaufbauplan

Die Europäischen Staats- und Regierungschefs erzielten bei ihrem Videogipfel am 18. -19. Juni 2020 erneut keine Einigung zum europäischen Haushalt für die Jahre 2021-2027. Auch zum Rettungspaket zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Krise wurden die Verhandlungen vertagt. Die Kommission hatte Ende Mai ein Paket mit zwei Elementen vorgeschlagen: Gegen die Krise soll ein 750-Milliarden-Euro-Programm namens «Next Generation EU» helfen, das über Kredite finanziert werden soll. Dieser Wiederaufbauplan soll in den nächsten EU-Haushaltsrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 eingebettet werden, der ebenfalls noch nicht steht. Dafür schlägt die Kommission einen Umfang von 1,1 Billionen € vor. Insgesamt geht es also um 1,85 Billionen € für die nächsten Jahre.

Die Kommission will 500 Milliarden € als Zuschüsse an die Mitgliedsstaaten geben - das heißt, die Empfänger müssten dieses Geld nicht zurückzahlen. Weitere 250 Milliarden € sollen als Kredite vergeben werden können. Für den Großteil des Geldes hat die Kommission einen Verteilschlüssel mit dem Ziel erarbeitet, die von der Pandemie am schlimmsten betroffenen Staaten am meisten zu unterstützen. So sind allein 173 Milliarden € Zuschüsse und Kredite für Italien und 140 Milliarden € für Spanien vorgesehen. Deutschland käme auf 28,8 Milliarden €, nur als Zuschüsse, Frankreich auf knapp 39 Milliarden €.

Um in den Genuss des Geldes zu kommen, müssen sich die Staaten nach Vorstellungen der Kommission mit konkreten Plänen bewerben. Zudem sollen die Empfänger zusagen, sich an wirtschaftspolitische Empfehlungen der Kommission zu halten. Und das Geld soll so eingesetzt werden, dass übergeordnete EU-Ziele erreicht werden, nämlich Klimaschutz, Digitalisierung und die Modernisierung der Wirtschaft.

Knackpunkte für eine einstimmige Einigung aller Mitgliedsstaaten sind der Umfang des Programms, die Aufteilung der Summen in Zuschüsse und Krediten, die Kriterien zur Verteilung der Mittel auf die Krisenstaaten sowie die Frage, ob die EU eigene neue Einnahmen aus Abgaben oder Steuern bekommen soll.

Einige Mitgliedsstaaten haben ein Problem mit der Idee, als Kredit aufgenommenes Geld als Zuschüsse zu verteilen, nämlich Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande. Finnland hat ebenfalls Bedenken gegen die Verteilung. Denn diese bedeutet, dass die 27 Staaten die Schulden gemeinsam über Jahrzehnte tilgen müssen. Einige wollen, dass das Geld schneller fließt als geplant, andere pochen auf rasche Rückzahlung der Schulden, nicht erst ab 2028 und bis 2058. Soweit zu dem 750-Milliarden-Plan, der für die EU etwas völlig Neues wäre. Hinzu kommen die üblichen Streitpunkte beim normalen Haushaltsrahmen, nämlich Umfang, Verteilung der Gelder und Beitragsrabatte. Positiv zu beurteilen ist jedoch, dass kein Mitgliedstaat den Vorschlag der Kommission rundweg ablehnt.

Bei einer Summe von gemeinsam zu tilgenden Schulden von 500 Milliarden € wird der deutsche Anteil bei der Tilgung auf etwa 135 Milliarden € geschätzt. Grundlage der Berechnung ist der künftige deutsche Anteil am EU-Haushalt. Er dürfte im kommenden Jahr von rund 21 auf etwa 25 % steigen. Hauptgrund dafür ist der Wegfall des Beitragszahlers Großbritannien nach dem Brexit.

Die Bundesregierung hat ausgerechnet, dass die jährlichen Zahlungen aus Berlin an Brüssel bei einer Umsetzung des Kommissionsvorschlags um 46 % steigen könnten - ein Plus von 13 Milliarden auf 41 Milliarden € brutto - also abzüglich dessen, was an EU-Geldern nach Deutschland zurückfließt.

Das nächste Treffen der Staats- und Regierungschefs ist für Juli geplant – diesmal im Präsenzformat. Ausgang ungewiss.

[Informationen zum Europäischen Rat vom 18.-19. Juni 2020](#)

Gemeinsam Europa wieder stark machen - Deutsche Ratspräsidentschaft ab 1. Juli 2020

Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied der Europäischen Union und ihrer Vorgängerinstitutionen. Die im Jahr 1957 mit sechs Staaten ins Leben gerufene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat sich in den Folgejahrzehnten über [sieben](#) Erweiterungsrounds und einen Austritt (Brexit) sowie zahlreiche Vertragsänderungen (zuletzt der [Vertrag von Lissabon](#) 2009) zur heutigen EU der 27 entwickelt. In dieser Zeit hatte die Bundesrepublik Deutschland bislang 12 Mal den Vorsitz über den Rat.



Ab dem 1. Juli 2020 beginnt die 13. Ratspräsidentschaft Deutschlands!

Was ist der Rat?

Der Rat der EU ist vor allem im Zusammenspiel mit dem Europäischen Parlament Co-Gesetzgeber im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene. D.h. ein europäisches Gesetz kommt zustande, wenn die beiden Institutionen sich einigen. Der Rat tritt auf ministerieller Ebene in [zehn verschiedenen Konfigurationen](#) zusammen, je nach Politikbereich. Zu diesen Treffen sendet jedes Mitgliedsland die jeweils für das anstehende Thema zuständige Ministerin oder den zuständigen Minister. Den ständigen Vorsitz im Rat der Außenminister führt der [Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik](#). Bei den übrigen Tagungen des Rates führt der/die zuständige Minister/-in des EU-Mitgliedstaats den Vorsitz, der [turnusgemäß den EU-Ratsvorsitz innehat](#), also ab Juli 2020 für sechs Monate die deutschen Ministerinnen und Minister. (Dabei kommt besonders viel Arbeit auf Wirtschaftsminister [Peter Altmaier](#) zu, der in [fünf\(!\)](#) Ratsformationen den Vorsitz hat: Wettbewerb, Energie, Telekommunikation, Handel und Kohäsion).

Bevor auf ministerieller Ebene im Rat eine Entscheidung getroffen wird, hat diese in der Regel einen längeren Prozess der Prüfung und Erörterung in [Vorbereitungsgremien](#) durchlaufen. Das wichtigste Gremium ist der Ausschuss der Ständigen Vertreterinnen und Vertretern oder AStV. Mit Ausnahme einiger Landwirtschaftsthemen müssen alle Punkte, die auf die Tagesordnung des Rates gesetzt werden sollen, zunächst vom AStV geprüft werden. Auch in diesem Gremium übernimmt Deutschland jetzt den Vorsitz. Der Botschafter [Michael Clauß](#) ist ein langjährig erfahrener Diplomat, der schon seine 3. Ratspräsidentschaft der EU mitmacht und zuletzt Deutschlands Vertreter in China war. Seine Stellvertreterin Frau Botschafterin [Susanne Szech-Koundouros](#) hat in ihrer Karriere auch schon zahlreiche wichtige Aufgaben im europarechtlichen Kontext in Brüssel und Berlin wahrgenommen. Sie verantwortet vor allem Themen der Wirtschaft und des Binnenmarkts.



Seit dem Vertrag von Lissabon gibt es die sogenannte Trioratspräsidentschaft. Jeweils drei Mitgliedstaaten übernehmen diese für einen Zeitraum von 18 Monaten mit einem gemeinsamen [Programm](#). Dies wurde eingeführt, um langfristige Planungshorizonte sicherzustellen. Deutschland führt diese Aufgabe in den nächsten 18 Monaten der Präsidentschaft gemeinsam mit Portugal und Slowenien aus. Das Programm gilt für die komplette Zeitspanne der Triopräsidentschaft, also vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2021.

Wichtig: Der Rat der EU ist nicht identisch mit dem Europäischen Rat. In letzterem tagen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten also Angela Merkel und ihre Amtskolleginnen und -kollegen. Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten hierfür fest. Der Europäische Rat hat seit dem Vertrag von Lissabon einen dauerhaften Präsidenten für den Zeitraum von 2 ½ Jahren, einmal wiederwählbar. Aktuell führt der frühere belgische Ministerpräsident Charles Michel den Europäischen Rat.

Inhalte der deutschen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020

Die deutsche Ratspräsidentschaft steht vor einer Reihe sehr grundlegender Herausforderungen, die unter den stark erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie des Jahres 2020 bewältigt werden müssen. Schon seit März 2020 können in Brüssel kaum Treffen stattfinden, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer physisch im selben Raum sind. Die Videokonferenzen, die an deren Stelle treten, sind bei weitem nicht so effizient bei der Suche nach Lösungen. Der deutsche EU-Botschafter Clauß rechnet in verschiedenen öffentlichen Äußerungen vor der Präsidentschaft damit, dass unter diesen Bedingungen maximal 20 bis 30% der üblichen Arbeitskapazität zur Verfügung stünden und daher eine grundlegende Priorisierung der Themen erforderlich sei. Die erste Priorität hat dabei die durch die Corona-Pandemie verursachte schwere Wirtschaftskrise. Das Virus muss eingedämmt, die europäische Wirtschaft wieder aufgebaut und der soziale Zusammenhalt in Europa gestärkt werden. Dafür setzt Deutschland auf ein gemeinsames, abgestimmtes Handeln, europäische Solidarität und gemeinsame Werte

- **Mehrjähriger Finanzrahmen und Wiederaufbauplan.**

Die EU gibt sich alle sieben Jahre einen mehrjährigen Finanzrahmen, der diesmal zum ersten Mal mehr als 1 Billion € umfassen wird. Das ist schon unter normalen Bedingungen immer eine sehr schwere Verhandlungsaufgabe im Interessengeflecht der EU 27. Im Februar 2020 konnten sich die Staats- und Regierungschefs auf den damals vom ER-Präsidenten vorlegten Text nicht einigen, obwohl man im Rückblick vergleichsweise nahe beieinander lag. Die Kommission hat am 27. Mai einen mit Blick auf die Corona-Pandemie überarbeiteten Entwurf des Langfristbudgets vorgelegt (siehe ausführlich die letzte Ausgabe der [Europa-Informationen MV](#)). Für den [Wiederaufbaufonds](#) „Nächste Generation EU“ zur Bewältigung der Corona-Krise sollen zusätzlich bis zu 750 Mrd. € bereitgestellt werden (zu den Details und dem Verhandlungsstand siehe oben in dieser Ausgabe). Ein Termin Mitte Juli 2020 soll mit physischer Präsenz stattfinden, um zu einem dringend benötigten Ergebnis zu gelangen. Die deutsche Präsidentschaft muss dann im Laufe des weiteren Jahres eine Einigung mit dem Europäischen Parlament erreichen.

- **Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)**

Die Migrationskrise der Jahre 2015 ff. hat deutlich gemacht, dass das aktuelle System einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik überarbeitungsbedürftig ist. Im Sommer 2016 hatte die Kommission daher ein umfassendes Gesetzgebungspaket vorgelegt, das grundlegende Änderungen bringen sollte. Insbesondere enthält es einen Vorschlag zu Verteilungsquoten für Asylsuchende innerhalb Europas. In den folgenden Jahren ist es trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen, im Rat eine gemeinsame Position zu erreichen. Die Kommission wird daher in den nächsten Monaten einen neuen Vorschlag für die Reform des GEAS vorlegen. Dieses Gesetzespaket wäre unter normalen Umständen schon eine sehr große Herausforderung für jede Ratspräsidentschaft. Botschafter Clauß äußerte in verschiedenen Interviews auch Zweifel daran, ob es gelingen könnte, das Dossier unter deutscher Präsidentschaft abzuschließen. Hier werden wichtige Aufgaben auf die Partner der Triopräsidentschaft Portugal und Slowenien zukommen.

- **Freihandelsabkommen nach dem Brexit**

Nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU zu Ende Januar 2020 stehen nur noch wenige Monate zur Verfügung, bis die Übergangsfrist zu Ende geht (31. Dezember 2020). Großbritannien droht dann ungeregelt aus der EU zu fallen mit nicht absehbaren Folgen für den Handel zwischen den EU 27 und VK. Ein auch für Mecklenburg-Vorpommern besonders bedeutsames Thema ist der zukünftige Zugang europäischer Fischer zu den britischen Gewässern, der zwischen den Verhandlungspartner besonders umstritten ist. Nachdem die Heringsquote für die westliche Ostsee für 2020 dramatisch gesunken ist, verarbeitet zum Beispiel das Sassnitzer Fischwerk nach eigenen Angaben vorwiegend Fisch aus britischen Gewässern.

Weitere Themen: Die Erwartungen sind groß, dass Deutschland auch weitere wichtige Zukunftsthemen voranbringt. So will Deutschland im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft die großen Transformationsprozesse unserer Zeit - wie den Klimawandel oder die Digitalisierung - in den Blick nehmen. Zudem gilt es, die Handlungsfähigkeit Europas nach außen zu stärken. Das Thema Wahrung der Rechtsstaatlichkeit steht weit oben auf der Agenda. Auch bedeutsame praktische Fragen bedürfen einer Lösung. So müssen die Fischereiquoten für das nächste Jahr festgelegt werden. Deutschland muss in all diesen Themen ein „ehrlicher Makler“ zwischen den verschiedenen Interessen sein.

Wichtige Links : www.eu2020.de

[Arbeitsschwerpunkte](#), [Veranstaltungsübersicht](#) und [Fragen und Antworten](#) zur EU-Ratspräsidentschaft

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zu EU-Ratspräsidentschaft.

[„Europa braucht uns, so wie wir Europa brauchen“](#)

Kulturprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft

Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 startet das Goethe-Institut fünf europaweite Projekte, die sich der Vielfalt Europas widmen und die europäische Öffentlichkeit stärken wollen.

Die Projekte sind Teil des Kulturprogramms der Bundesregierung zur EU-Ratspräsidentschaft. Dieses Programm folgt bewusst einem neuen Ansatz: Es ist europäisch, denn eine gemeinsame Kultur entsteht am besten in der gemeinsamen Arbeit an der Zukunft. Es ist digital, denn europäische Öffentlichkeit ist ohne den digitalen Raum längst nicht mehr denkbar. Es gibt jungen Menschen eine Stimme, denn nur mit ihnen kann europäische Zukunft gestaltet werden.



„Europaküche“: Die Küche steht wie kein anderer Ort für Gemeinschaft, Begegnung und Gastfreundschaft. Im Projekt Europaküche wird sie deshalb zur Plattform für einen europaweiten Dialog. Lesungen, Konzerte, Performances, Gespräche – in zehn EU-Mitgliedstaaten organisieren in Europa lebende Künstlerinnen und Künstler physische oder virtuelle Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürger aus einer anderen als ihrer Heimatstadt. Die Events werden digital begleitet und übertragen.

„Generation A=Algorithmus“: Big Data, Algorithmen, Biotech – wie verändert Künstliche Intelligenz (KI) den Alltag von Europäerinnen und Europäern? Und wie kann diese Entwicklung auf gesellschaftlich verantwortungsvolle Weise beeinflusst werden? Diesen Fragen geht Generation A in Klima-Hackathons, KI-Residenzen, in der Online-Diskussionsreihe „Couch Lessons“, in Roboter-Residenzen und weiteren vielfältigen Formaten nach. Im Fokus stehen dabei Aspekte wie Arbeit, Kreativität, Ethik und Klimawandel.

„#oekoropa“: Wie wollen wir künftig in Europa reisen? In dem Jugendwettbewerb suchen europäische Schülerinnen und Schüler zwischen 16 und 19 Jahren nach Antworten. Die zehn besten Ideen für klimaschonendes Reisen zwischen den drei Hauptstädten der Trio-Präsidentschaft (Berlin, Lissabon, Ljubljana) und der Heimatstadt werden prämiert. Im Frühjahr 2021 können die Siegerteams ihre Reise antreten. Einsendeschluss für die Reisekonzepte ist der 1. Oktober 2020.

„Erzähle mir von Europa“: Zehn Diskussionen zwischen Alt und Jung in zehn europäischen Ländern. Ziel ist ein generationsübergreifender Austausch über Europa, seine Vergangenheit und seine Zukunft. Grundlage der Gespräche sind Zeitzeugeninterviews mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, geboren vor 1945, die europäische Diskurse geprägt haben. Sie sind im „Europäischen Archiv der Stimmen“ gesammelt. Begleitend zu den Veranstaltungen sind digitale und auditive Formate geplant.

„Die verschwindende Wand“: Eine Wand steht im öffentlichen Raum, Bürgerinnen und Bürger werden aktiv, durch eine interaktive Installation wird die Vielfalt Europas erlebbar. Am Ende ist die Wand verschwunden. Genau wie die Grenzen und Denkbarrieren in Europa.

Die Europäerinnen und Europäer können sich auf der Webseite www.goethe.de/EU2020 über die vielfältigen Aktivitäten informieren.

Earth Speakr interaktives Kunstwerk



„Earth Speakr“ heißt das interaktive Kunstwerk, das der dänisch-isländische Künstler Olafur Eliasson für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft geschaffen hat. Dabei arbeitet er mit den jüngsten Bürgerinnen und Bürgern Europas zusammen und will Kunst in einem Raum schaffen, in dem jede Stimme gehört wird. Eliasson und sein Team haben dafür eine digitale Plattform entwickelt, auf der junge Menschen Sprachbotschaften hinterlassen können, in denen sie von ihren Hoffnungen und Ideen für die Zukunft Europas und die Erde erzählen.

„Ich möchte dieses Thema gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen thematisieren, da ich überzeugt bin, dass sie genau verstehen, was mit unserem Planeten geschieht“, sagt Eliasson.

[Pressemitteilung](#)

EU unterstützt sicheren Reiseverkehr und Tourismus

Der Sommer 2020 wird kein Sommer wie jeder andere – aber mit den bereits geltenden sowie den angekündigten Grenzöffnungen geht es schrittweise wieder zurück in Richtung (Reise-)freiheit und Normalität. Seit Mitte März sind die Grenzen zwischen den Staaten der Europäischen Union bzw. der EU und Drittländern fast gänzlich geschlossen gewesen. Jahrzehntelange als selbstverständlich genommene Freiheiten wurden abrupt gestoppt: Dringend benötigte Gütertransporte steckten zu Beginn der Coronakrise stunden- oder tagelang in Staus an den Binnengrenzen fest. Menschen kamen nicht mehr an ihren Arbeitsplatz, der oft nur eine Ortschaft entfernt, aber eben in einem anderen EU-Land lag. Die ausländischen Gäste blieben fern, sonst belebte Urlaubsorte wurden zu Geisterstädten. Die essentielle Rolle eines funktionierenden Binnenmarktes und offener Binnengrenzen hat sich in den vergangenen Monaten mehr denn je gezeigt.

Die Kommission empfahl den Schengen-Mitgliedstaaten bzw. assoziierten Staaten, die aufgrund der Coronavirus-Pandemie verhängten Kontrollen an den EU-Binnengrenzen bis 15. Juni 2020 aufzuheben. Nicht nur für den von der Pandemie besonders schwer getroffenen Tourismus- bzw. Verkehrssektor bedeuten die Grenzöffnungen Licht am Ende des Tunnels: Rechtzeitig zum Beginn der Sommerferien können Hotels und Gaststätten die lang erwarteten Gäste endlich wieder begrüßen. Die dafür notwendigen Saisonkräfte können ebenfalls wieder die Grenzen überschreiten. Waren und Dienstleistungen können in Europa wieder frei fließen. Die Coronavirus-Pandemie hat gezeigt, wie schnell die als selbstverständlich geltenden Freiheiten in Europa zu Ende sein können. Es wurde sehr deutlich, wie wichtig ein grenzenloses Europa und ein funktionierender Binnenmarkt für Unternehmen und Menschen sind.

Am 15. Juni nahm die Kommission die Webplattform Re-open EU in Betrieb, die eine sichere Wiederaufnahme des Reiseverkehrs und des Tourismus in ganz Europa unterstützen soll. Auf der Plattform werden Echtzeitinformationen über Grenzen, Verkehrsmittel und Tourismusdienstleistungen in den Mitgliedstaaten bereitgestellt. Re-open EU bietet auch praktische Informationen der Mitgliedstaaten über Reisebeschränkungen und Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit (Abstandsregeln, Tragen von Gesichtsmasken usw.) sowie sonstige nützliche Hinweise auf Tourismusangebote in der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten.

[Pressemitteilung](#)

[Mitteilung](#) (englisch)

Schwierige Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU/UK nach Brexit

Am 15. Juni 2020 haben sich die Spitzen der Europäischen Union (Kommissionspräsidentin von der Leyen, Parlamentspräsident Sassoli und der Präsident des Europäischen Rats, Charles Michel) mit dem britischen Premierminister Boris Johnson im Rahmen einer Videokonferenz über den weiteren Fortgang der Verhandlung über ein Folgeabkommen nach dem Brexit unterhalten. Anwesend waren auch die Chefunterhändler der beiden Seiten Michel Barnier (EU) und David Frost (UK). Boris Johnson gab im Rahmen dieser Gespräche formell bekannt, dass er nicht beabsichtige, eine Verlängerung der Übergangsfrist zu beantragen. Die Übergangsfrist wird daher am 31. Dezember 2020 enden, entsprechend den Bestimmungen des Austrittsabkommens.

Die Parteien waren sich einig, dass neuer Schwung für die Gespräche erforderlich sei. Auch die Verhandlungen der letzten Monate hatten unter der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Restriktionen schwer gelitten. David Frost und Michel Barnier erkrankten beide an Covid 19 und mussten sich in Quarantäne begeben. Die Chefunterhändler haben vereinbart, dass die Gespräche im Juli intensiviert und die günstigsten Bedingungen für den Abschluss und die Ratifizierung eines Abkommens vor Ende des Jahres 2020 geschaffen werden sollen.

Dazu sollte, wenn möglich, auch eine frühzeitige Verständigung über die Grundsätze eines Abkommens gehören. Es soll auch wieder Gespräche mit Präsenz der Verhandlungspartner geben. Dafür stehen im Grunde nur noch wenige Monate zur Verfügung, da das Abkommen einer parlamentarischen Ratifizierung bedarf. Die Wahrscheinlichkeit für einen unregelmäßigen Ausstieg Großbritanniens aus der EU ab dem 31.12.2020 ist in den letzten Monaten wieder erheblich gestiegen, da auch auf der Videokonferenz am 15. Juni 2020 deutlich wurde, dass die Verhandlungspositionen sehr weit auseinanderliegen.

[Pressemitteilung](#)

DESI-Index

Am 11. Juni 2020 hat die Kommission die Ergebnisse des [Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft \(DESI\) für 2020](#) bekannt gegeben. Anhand dieses Index werden die Gesamtleistung Europas im digitalen Bereich und die Fortschritte der digitalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten beurteilt. Laut DESI 2020 wurden in allen Mitgliedstaaten und in allen im Index gemessenen Schlüsselbereichen Fortschritte erzielt.

[Pressemitteilung](#)

Neue Sonderausschüsse im EP

Eine große Mehrheit der Europaabgeordneten stimmte am 18. Juni 2020 in Brüssel dafür, drei neue Sonderausschüsse für jeweils 12 Monate sowie einen neuen ständigen Unterausschuss einzusetzen.

Auf Vorschlag der Konferenz der Präsidenten (bestehend aus dem Präsidenten und den Fraktionsvorsitzenden) legte das Plenum die Zuständigkeiten, die zahlenmäßige Stärke und die Amtszeit der drei Sonderausschüsse und des Unterausschusses für Steuerfragen fest. Die Mitgliederlisten werden in einer späteren Plenarsitzung bekannt gegeben.

Unterausschuss für Steuerfragen: Nach einer Reihe von Sonderausschüssen und einem Untersuchungsausschuss, die geschaffen wurden, um sich mit den verschiedenen Steuerschlupflöchern und -skandalen der letzten Jahre zu befassen, hat das Europäische Parlament nun einen permanenten Unterausschuss geschaffen, um das Problem zu durchleuchten und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Der Unterausschuss für Steuerfragen wird sich aus 30 Mitgliedern zusammensetzen. Er wird sich insbesondere mit der Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung sowie mit der finanziellen Transparenz im Steuerbereich befassen. Die Einsetzung des Unterausschusses wurde mit 613 Ja-Stimmen bei 67 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

Sonderausschüsse: Das Europäische Parlament kann Sonderausschüsse zur Untersuchung bestimmter Themen einsetzen. Die am 18. Juni 2020 geschaffenen Sonderausschüsse haben alle ein 12-monatiges Mandat, das gegebenenfalls verlängert werden kann. Sie setzen sich jeweils aus 33 Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen.

Der Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung hat vor allem die Aufgabe, Möglichkeiten für konkrete Maßnahmen der EU zu evaluieren, Rechtsvorschriften und andere Maßnahmen zu ermitteln, die zur Vorbeugung und Bekämpfung von Krebs beitragen können, und zu prüfen, wie die Forschung am wirksamsten unterstützt werden kann. Alle Einzelheiten zu den Zuständigkeiten des Ausschusses werden demnächst [hier](#) verfügbar sein. 651 Abgeordnete stimmten für die Einsetzung des Ausschusses, 28 waren dagegen, 8 enthielten sich der Stimme.

Der Sonderausschuss zur ausländischen Einflussnahme in alle demokratischen Prozesse in der EU, einschließlich von Desinformation, soll auf ersten Untersuchungen aufbauen, die zeigten, dass entscheidende Wahlregeln verletzt oder umgangen wurden. Er muss mögliche Bereiche identifizieren, in denen legislative und nicht-legislative Maßnahmen gegenüber sozialen Netzwerken erforderlich sind. So sollen koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen entwickelt werden, um auch Informationskampagnen und strategischer Kommunikation von Drittländern, die der EU schaden, entgegenzuwirken.

Weitere Einzelheiten zu den Kompetenzen des Ausschusses sind demnächst [hier](#) verfügbar. 548 Europaabgeordnete stimmten für die Einsetzung des Ausschusses, 83 stimmten dagegen, 56 enthielten sich.

Der Sonderausschuss für künstliche Intelligenz wird untersuchen, wie sich der Einsatz künstlicher Intelligenz auswirken wird. Der Sonderausschuss soll einen Fahrplan mit Zwischenschritten und Zielen für die EU vorschlagen. Alle Einzelheiten zu den Kompetenzen des Ausschusses sind demnächst [hier](#) verfügbar. Für die Bildung des Ausschusses stimmten 574 Abgeordnete, 41 waren dagegen, während sich 72 enthielten.

[Pressemitteilung](#)

2-Jahresbericht zur Datenschutz-Grundverordnung: Positives Fazit

Am 24. Juni 2020 legte die Kommission ihren [Bericht](#) zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vor. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der DSGVO zieht die Kommission ein positives Fazit. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Harmonisierung in den Mitgliedstaaten zunimmt, auch wenn ein gewisses Maß an Fragmentierung bestehe. Die Datenschutzbehörden der Mitgliedstaaten sind besser aufgestellt worden. Zwischen 2016 und 2019 war für alle nationalen Datenschutzbehörden in der EU zusammengekommen ein Anstieg von 42 % beim Personalbestand und von 49 % bei der Mittelausstattung zu verzeichnen. Die Bürgerinnen und Bürger sind besser über ihre Datenschutzrechte informiert. Allerdings könnten sie bei der Wahrnehmung dieser Rechte noch besser unterstützt werden. Die Zusammenarbeit der Datenschutzbehörden im Europäischen Datenschutzausschuss könnte ebenfalls noch verbessert werden. Zwischen dem 25. Mai 2018 und dem 31. Dezember 2019 gingen bei der zentralen Anlaufstelle 141 Entscheidungsentwürfe ein, von denen 79 in endgültige Entscheidungen mündeten. Weiterhin will die Kommission die internationale Zusammenarbeit beim Datenschutz weiter ausbauen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission will Einreisebeschränkungen teilweise lockern

Die Kommission hat am 11. Juni 2020 vorgeschlagen, die bestehende Einreisebeschränkung für nicht zwingend notwendige Reisen in die EU bis zum 30. Juni 2020 zu verlängern und anschließend schrittweise aufzuheben. Die Kommission empfiehlt den Schengen-Mitgliedstaaten und assoziierten Schengen-Ländern eine Aufhebung der Binnengrenzkontrollen bereits zum 15. Juni 2020. Da die Gesundheitssituation in bestimmten Drittländern weiterhin kritisch sei, schlägt die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt keine generelle Aufhebung der Reisebeschränkung an den Außengrenzen ab dem 1. Juli 2020 vor. Die Beschränkung sollte für von den Mitgliedstaaten gemeinsam ausgewählte Drittländern aufgehoben werden. Zur Auswahl schlägt die Kommission eine gemeinsame Checkliste vor. In Übereinstimmung mit der vorgeschlagenen Checkliste empfiehlt die Kommission, die Reisebeschränkungen für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien zum 1. Juli 2020 aufzuheben.

[Pressemitteilung](#)

Innenministerrat zu Aufhebung der Reisebeschränkungen und Bekämpfung von OK

Am 5. Juni 2020 fand eine Videokonferenz der EU-Innenministerinnen und Minister statt, in der die Reaktion auf die COVID-19-Pandemie bei den Kontrollen an den Binnengrenzen und beim freien Personenverkehr erörtert wurde. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten plant die Kontrollen an ihren Binnengrenzen und die damit verbundenen Reisebeschränkungen bis zum 15. Juni 2020 aufzuheben, andere wollen bis Ende des Monats folgen. Die Minister waren sich einig, dass alle verbleibenden Beschränkungen auf objektiven gesundheitsbezogenen Kriterien beruhen sollen, die nicht-diskriminierend und verhältnismäßig sind. Die Reisebeschränkungen für die Einreise von Drittstaatsangehörigen für nicht wesentliche Reisen in die EU sollen voraussichtlich nicht vor dem 1. Juli 2020 aufgehoben werden. Die Kommission am 11. Juni 2020 dazu einen Weg vorgeschlagen, um die Kontrollen an den Außengrenzen auf koordinierte Weise aufzuheben (s.o.).

Weiterhin informierte der Ratsvorsitz über die operativen Ergebnisse des EU-Politikzyklus 2019 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (EMPACT). EMPACT ist eine von der Europäischen Union festgelegte Methodik zur Bekämpfung der größten kriminellen Bedrohungen für die EU. Danach wurden u.a. mehr als 8.000 Personen festgenommen, mehr als 1.400 Opfer von Menschenhandel und Online-Kinderpornografie identifiziert, Betrug in Höhe von mehr als 400 Millionen € zulasten der EU verhindert und 75 t Drogen beschlagnahmt.

Die kommende deutsche Präsidentschaft stellte ihr Arbeitsprogramm vor. Schwerpunkte sind darin die Stärkung des EU-Katastrophenschutzmechanismus, die Weiterentwicklung der Reform der europäischen Migrations- und Asylpolitik sowie die Stärkung der inneren Sicherheit und die Bekämpfung des Terrorismus.

[Pressemitteilung](#)

RescEU-Flotte zur Waldbrandbekämpfung wird erweitert

Die Kommission finanziert die Erweiterung der Flotte von Luftfahrzeugen im Rahmen des europäischen Katastrophenschutzes. Am 5. Juni 2020 übernahm sie die Kosten für die von der schwedischen Regierung gekauften zwei neuen Löschflugzeugen. Damit wird die von der EU finanzierte rescEU-Flotte 2020 auf insgesamt 13 Flugzeuge und sechs Hubschrauber aufgestockt, die in Notsituationen in anderen Ländern eingesetzt werden können. Derzeit besteht RescEU aus:

- einem Löschflugzeug aus Frankreich,
- jeweils zwei Löschflugzeugen aus Griechenland, Italien, Kroatien, Spanien, Schweden, Zypern und
- 6 Löschhubschraubern ebenfalls aus Schweden.

[Pressemitteilung](#)

EU-Strategie für Opferrechte

Die Kommission hat am 24. Juni 2020 eine EU-Strategie für Opferrechte vorgelegt. Deren Ziel ist, dass Opfer von Straftaten ihre Rechte in vollem Umfang wahrnehmen können. Die Strategie für Opferrechte sieht ein Maßnahmenpaket für die nächsten fünf Jahre vor, mit dem zwei Ziele verfolgt werden: Erstens sollen Opfer in die Lage versetzt werden, Straftaten anzuzeigen, eine Entschädigung zu erwirken und sich schließlich von den Folgen einer Straftat zu erholen.

Zweitens wird eine Zusammenarbeit mit allen für die Opferrechte relevanten Akteuren angestrebt. Die Kommission erwägt dazu, den Opferschutz durch die Einführung von Mindeststandards für den physischen Schutz von Opfern weiter zu stärken.

Bis 2022 prüft die Kommission, ob sie Maßnahmen zur Ergänzung der Entschädigungsregeln für Opfer vorschlägt. Weiterhin plant die Kommission, eine Plattform für Opferrechte einzurichten. Auch die internationale Dimension von Opferrechten soll gestärkt werden, u.a. über die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, wie dem Europarat und den Vereinten Nationen.

[Pressemitteilung](#)

Trilog einigt sich auf Verbandsklagen-Richtlinie zum Verbraucherschutz

Am 22. Juni 2020 [einigten](#) sich Vertreter des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Rates über die Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher. Siehe dazu die [Europa-Aktuell Ausgabe](#) zu Verbandsklagen.

EuGH: Ungarn beschränkt Organisationen der Zivilgesellschaft unrechtmäßig

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 18. Juni 2020 entschieden, dass die von Ungarn erlassenen Beschränkungen der Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft durch außerhalb dieses Mitgliedstaats ansässige Personen nicht mit dem Unionsrecht vereinbar sind. Damit ist Ungarn verpflichtet, das Gesetz zu ändern.

In der ungarischen Regelung, die in dem Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission bemängelt wurde, wurden Organisationen der Zivilgesellschaft, die ausländische Zahlungen von 500.000 oder mehr ungarischen Forint (ca. 1.400 €) erhalten, sanktionsbedrohte Registrierungs-, Melde- und Offenlegungspflichten auferlegt.

Diese Information wird anschließend auf einer kostenlos zugänglichen öffentlichen elektronischen Plattform veröffentlicht. Dies stellt aus Sicht des Gerichtshofes eine verbotene Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit und eine Verletzung des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten dar.

Die Regelung sei eine diskriminierende Maßnahme, da sie den innerstaatlichen und den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr ungleich behandelt. Insbesondere gilt das Transparenzgesetz gezielt und ausschließlich für Vereinigungen und Stiftungen, die aus anderen Mitgliedstaaten oder Drittstaaten finanzielle Unterstützungen erhalten, und individualisiert diese Organisationen und handelnden Personen.

Ungarn konnte nicht belegen, dass aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit eine Rechtfertigung für das Gesetz vorliege. Das Transparenzgesetz beruht vielmehr auf einer grundsätzlichen und pauschalen Vermutung, dass jede ausländische Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft ihrem Wesen nach verdächtig sei. Wenn die Kommission der Auffassung ist, dass Ungarn dem Urteil nicht nachgekommen sei, kann sie erneut klagen und finanzielle Sanktionen beim Gerichtshof beantragen.

[Pressemitteilung](#)

Anzuwendendes Recht bei Forderungsübertragungen

Am 4. Juni 2020 fand eine Videokonferenz der EU-Justizministerinnen und Minister statt, auf der die Standpunkte zur Verordnung über das auf die Drittwirkung der Forderungsübertragung anzuwendende Recht ausgetauscht wurden.

Der Vorschlag betrifft die Frage, welches Recht die Wirksamkeit der Abtretung gegenüber Dritten und den Vorrang zwischen konkurrierenden Abtretungen derselben Forderung bestimmt. Aus Sicht der Mitgliedstaaten soll die Verordnung nur auf Abtretungen anwendbar sein, die nach ihrem Inkrafttreten erfolgen.

Weiterhin ist der Umgang mit Auslieferungsersuchen von Drittstaaten diskutiert worden, bei dem u.a. eine Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den beteiligten Staaten angeregt wurde. Dazu soll die Situation von Eurojust und dem Europäischen Justizielle Netzwerk untersucht werden.

Die Agentur für Grundrechte, Eurojust, das Europäische Justiznetzwerk und die Kommission berichteten über den Stand der Auswirkungen von COVID-19 auf die europäische Justiz. Nach dem 6. April 2020 wurde eine Koordinierungsgruppe für Haftbefehle eingerichtet, welche bei grenzüberschreitenden Fällen unterstützen soll.

Die Agentur für Grundrechte berichtete über die Auswirkungen von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auf die Grundrechte und insbesondere die Rechtsstaatlichkeit.

[Pressemitteilung](#)

Kommission stellt EU-Haushalt 2021 in den Dienst des Wiederaufbaus

Die Kommission hat am 24. Juni 2020 einen EU-Haushalt für das Jahr 2021 in Höhe von 166,7 Mrd. € vorgeschlagen. Hinzukommen sollen 211 Mrd. € an Finanzhilfen und bis zu 133 Mrd. € an Darlehen im Rahmen des befristeten Aufbauinstruments Next Generation EU.

Damit werden der Jahreshaushalt und Next Generation EU im Jahr 2021 beträchtliche Investitionen mobilisieren, um die wirtschaftlichen und sozialen Schäden der Coronavirus-Pandemie zu beseitigen, einen nachhaltigen Aufbau in Gang zu bringen und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Der Haushaltsentwurf für 2021 beruht auf dem Vorschlag, den die Kommission am 27. Mai 2020 für den nächsten langfristigen EU-Haushalt vorgelegt hatte. Sobald sich das Europäische Parlament und der Rat auf den MFR 2021-2027 und den Aufbauplan verständigt haben, wird die Kommission ihren Haushaltsvorschlag 2021 im Wege eines Berichtungsschreibens entsprechend anpassen.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Rechnungshof untersucht Geldwäsche im Bankensektor

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat eine Prüfung eingeleitet, um die Bemühungen der Union zur Bekämpfung von Geldwäsche zu untersuchen, wobei das Augenmerk insbesondere dem Bankensektor gilt. Trotz umfassender internationaler Zusammenarbeit und immer ausgefeilterer EU-Rechtsvorschriften stellt die Geldwäsche nach wie vor eine gewaltige politische Herausforderung dar.

Im Blickpunkt der Prüfer stehen vor allem die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in mitgliedstaatliches Recht, der Umgang mit den Risiken für den Binnenmarkt, die Koordinierung zwischen nationalen Aufsichtsbehörden und EU-Stellen sowie die Maßnahmen der EU zur Behebung von Verstößen gegen ihre Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche auf nationaler Ebene.

[Pressemitteilung](#)

Kommission befragt Öffentlichkeit zu EU-Standard für grüne Anleihen

Die Kommission will einen EU-weit einheitlichen Standard für grüne Anleihen schaffen und startete dazu am 12. Juni 2020 eine [öffentliche Konsultation](#). Es geht darum, zu erfahren, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Entstehung eines großen, hochwertigen Markts für grüne Anleihen beitragen können. Interessierte Kreise können bis Freitag, den 2. Oktober 2020 ihren Beitrag einreichen.

Grüne Anleihen sind bei Investoren gefragt, die den Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft mitfinanzieren wollen. Eine europäische Norm für grüne Anleihen kann dazu beitragen, die Ziele des europäischen Green Deal zu erreichen.

Da der Euro bereits die Hauptwährung für die Emission von grünen Anleihen weltweit ist, könnte eine europäische Norm auch die internationale Rolle des Euro stärken und dazu beitragen, die EU als globale Drehscheibe für grüne Finanzen zu konsolidieren. Bis heute gibt es innerhalb der EU keinen einheitlichen Standard.

Die Technische Expertengruppe der Kommission für nachhaltige Finanzen (TEG) wurde mit der Ausarbeitung eines Berichts über einen EU-Standard für grüne Anleihen beauftragt. Die TEG veröffentlichte ihren [ersten Bericht im Juni 2019](#) mit 10 Empfehlungen für die Schaffung eines solchen Standards, der auf der „Taxonomie“ der EU - einem EU-weiten Klassifizierungssystem für nachhaltige Investitionen - basieren würde. [Die Expertengruppe legte im März 2020 weitere Leitlinien](#) zusammen mit einem aktualisierten Standardvorschlag vor.

Die Konsultation baut auf der Arbeit der TEG auf und konzentriert sich auf den Mehrwert eines offiziellen EU-Green-Bond-Standards. Eine Entscheidung darüber wird im Rahmen der erneuerten nachhaltigen Finanzstrategie getroffen werden, für die bereits eine [Konsultation](#) läuft. Die Kommission beabsichtigt, diese Strategie im 4. Quartal 2020 vorzuschlagen.

[Pressemitteilung](#)

Nachhaltiges Finanzwesen: Parlament nimmt Taxonomie-Verordnung an

Das Europäische Parlament hat am 19. Juni 2020 die Taxonomie-Verordnung angenommen. Die Taxonomie wird es Anlegern ermöglichen, ihre Investitionen stärker auf nachhaltigere Technologien und Unternehmen auszurichten, und damit entscheidend dazu beitragen, dass die EU bis 2050 klimaneutral wird.

Wie in der Verordnung festgelegt, hat die Kommission am 19. Juni 2020 auch eine [Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen](#) für die Plattform für ein nachhaltiges Finanzwesen veröffentlicht. Diese Plattform ist ein beratendes Gremium aus Sachverständigen des privaten und des öffentlichen Sektors, das die Kommission bei der Ausarbeitung technischer Evaluierungskriterien zur Weiterentwicklung der Taxonomie (sogenannter „delegierter Rechtsakte“) unterstützen wird. Dies umfasst auch die Beratung im Hinblick auf die Aufnahme neuer Nachhaltigkeitsziele und die Erteilung von Ratschlägen zu einem nachhaltigen Finanzwesen im weiteren Sinne.

Bewerbungen für die Plattform für ein nachhaltiges Finanzwesen können vier Wochen lang eingereicht werden. Die Bewerbungsfrist endet am 16. Juli 2020. Weitere Informationen über die Plattform für ein nachhaltiges Finanzwesen und die Möglichkeit, sich zu bewerben, finden Sie unter: [Register der Expertengruppen der Kommission – Aufforderungen zur Einreichung von Bewerbungen](#)

Die Billigung durch das Europäische Parlament erfolgte im Anschluss an die [Annahme](#) des Textes durch den Rat am 10. Juni 2020 und ist der letzte Schritt auf dem Weg zur Annahme des Kompromisstextes, auf den sich die gesetzgebenden Organe im Rahmen der [politischen Einigung](#) vom 17. Dezember 2019 verständigt hatten.

Die Kommission hatte den Vorschlag für eine Taxonomie-Verordnung im Mai 2018 vorgelegt. Nach der heutigen Abstimmung und Unterzeichnung des Textes wird die Verordnung im Amtsblatt veröffentlicht und 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in ihrer Gesamtheit in Kraft treten.

[Pressemitteilung](#)

Tagung der Kohäsionsminister*innen mit Kommissarin Ferreira

Am 15. Juni 2020 trafen sich die EU-Minister*innen für Kohäsionspolitik unter Beteiligung der EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen Elisa Ferreira im virtuellen Format. Die Mitgliedstaaten waren - bis auf die Niederlande - übereinstimmend der Auffassung, dass der Kohäsionspolitik sowohl im Rahmen der Krisenbekämpfung als auch beim längerfristigen Wiederaufbau eine zentrale Rolle zukommt. Dabei sei die REACT-EU Initiative eine wichtige Brücke zwischen alter und neuer Förderperiode.

Die Mitgliedstaaten diskutierten mit der Kommissarin die Möglichkeit, die Flexibilität der Transfers zwischen Struktur- und Investmentfonds zu erhöhen, die Bereitschaft für Notfälle zu verbessern und die Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen weiter zu fördern. Sie einigten sich auch darauf, auf die Stärkung der kohäsionspolitischen Instrumente hinzuwirken, um die nachhaltige Erholung der Volks-wirtschaften zu unterstützen.

Deutschland war durch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vertreten, der einen Ausblick auf die Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft gab. Er betonte, dass die deutsche Ratspräsidentschaft den schnellen Abschluss der Verhandlungen zu REACT-EU sowie zum Legislativpaket für die Kohäsionspolitik post 2020 anstrebe und das EP überzeugen wolle, rasch an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

[Pressemitteilung](#)

Kommission: Übernahmeschutz für Unternehmen

Heimische Unternehmen sollen besser vor Übernahmen und übermäßigem Einfluss staatlich subventionierter Firmen aus Drittstaaten geschützt werden. Die Kommission veröffentlichte am 17. Juni 2020 ein Strategiepapier, das für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen soll.

Vor allem chinesische Investoren hatten sich zuletzt sehr für Hightech-Firmen in Deutschland und anderen Staaten interessiert. Das prominenteste Beispiel ist der Roboterhersteller Kuka, der 2016 von einem chinesischen Konzern übernommen wurde. Um Fälle wie diesen künftig zu verhindern, verschärfte die Bundesregierung zuletzt die Außenwirtschaftsverordnung.

Das «Weißbuch» der EU-Kommission soll Wege aufzeigen, welche Regeln es für Subventionen aus dem Ausland geben könnte. Dabei geht es zum einen um die Übernahme von Unternehmen, aber auch um das Aufkaufen von Marktanteilen oder das Sichern öffentlicher Bauaufträge. Zu einem späteren Zeitpunkt will die EU-Kommission konkrete Gesetzesvorschläge vorlegen.

[Pressemitteilung](#)

Meereswirtschaft ebnet den Weg für europäischen Grünen Deal

Siehe Kapitel 12 [Meerespolitik](#)

Coronavirus: EU-Handelsminister tauschen sich über Handelspolitik aus

Die EU-Handelsminister tauschten sich im Rahmen einer Videokonferenz am 9. Juni 2020 u. a. über die durch die Pandemie verursachten Störungen des multilateralen Handelssystems aus. Es wird erwartet, dass die Kommission bis Ende des Jahres eine Überprüfung der Handelspolitik der EU vornimmt, um sicherzustellen, dass die Handelspolitik zur Erholung nach der Krise beiträgt. Die Minister betonten dabei die Notwendigkeit, die Lieferketten der EU zu diversifizieren und zu festigen.

Zudem wurde die Wichtigkeit der Welthandelsorganisation (WTO) als relevantes Instrument für die Welt nach der Krise hervorgehoben. Dabei diskutierten sie auch eine mögliche Initiative zur Erleichterung des Handels mit Gesundheitsprodukten.

[Pressemitteilung](#)

Schutz vor Coronavirus am Arbeitsplatz: EU-Regeln aktualisiert

Um Arbeitnehmer am Arbeitsplatz vor dem Coronavirus SARS-CoV-2 zu schützen, hat die Kommission am 3. Juni 2020 die Richtlinie über biologische Arbeitsstoffe aktualisiert. Dazu wurde das Coronavirus SARS-CoV-2 in die Liste der biologischen Arbeitsstoffe aufgenommen. Die Liste bietet allen Arbeitnehmern zusätzlichen Schutz - insbesondere denjenigen, die in Krankenhäusern, Industrie und Labors direkt mit dem Virus arbeiten. Bei der Aktualisierung stützte sich die Kommission auf den Rat von Experten aus allen EU-Mitgliedstaaten sowie auf einen Konsultationsprozess mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Interessengruppen. Die Richtlinie tritt am 24. Juni in Kraft. Sie ist bis zum 24. November 2020 von den Mitgliedstaaten umzusetzen.

[Pressemitteilung](#)

[Richtlinie](#)

Kommission: Befragung der Sozialpartner zu Mindestlöhnen in der EU

Die Kommission hat am 3. Juni die bis 4. September 2020 laufende zweite Phase der Konsultation der europäischen Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeber) zu Mindestlöhnen in der EU gestartet. Die erste Konsultationsphase lief vom 14. Januar bis zum 25. Februar 2020. Mit einer EU-Initiative sollen gut funktionierende Tarifverhandlungssysteme für die Lohnfestsetzung, nationale Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, gesetzliche Mindestlöhne festzulegen und regelmäßig zu aktualisieren gewährleistet werden. Weiter soll die Beteiligung der Sozialpartner festgeschrieben und, Unterschiede bei den Mindestlöhnen und Ausnahmen beseitigt oder begrenzt werden. Nationale Mindestlohnrahmen sollen wirksam eingehalten und Überwachungsmechanismen installiert werden. Die Kommission erwägt sowohl legislative als auch nichtlegislative Instrumente.

[Pressemitteilung](#)

Europäische Impfstrategie vorgestellt

Um die Suche nach einem Impfstoff gegen COVID-19 zu beschleunigen und diesen in ganz Europa und weltweit herzustellen und einzusetzen, wurde am 17. Juni 2020 von der Kommission eine europäische Strategie vorgestellt. Unter anderem soll über EU-finanzierte Abnahmegarantien für Impfstoffhersteller eine ausreichende Produktion von Impfstoffen für alle EU-Staaten sichergestellt werden.

[Pressemitteilung](#)

Corona-Warn-Apps sollen grenzüberschreitend funktionieren

Nationale Corona-Warn-Apps sollen auch auf Reisen in ein anderes EU-Land funktionstüchtig bleiben. Damit das klappt, haben sich die EU-Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Kommission am 16. Juni 2020 auf eine Reihe technischer Spezifikationen geeinigt. Damit können Informationen zwischen nationalen Kontaktnachverfolgungs-Apps mit einem dezentralen Ansatz sicher ausgetauscht werden. Derzeit gibt es neben Deutschland fünf weitere Mitgliedstaaten, die bereits eine dezentrale Warn-App auf den Weg gebracht haben. Weitere elf Mitgliedstaaten planen, diese demnächst einzuführen.

[Pressemitteilung](#)

Ratsschlussfolgerungen zur Digitalstrategie der Kommission

Der Rat hat am 9. Juni 2020 im schriftlichen Verfahren Schlussfolgerungen zum Thema „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ angenommen (siehe Beitrag des). Im Hinblick auf elektronische Gesundheitsdienste betont der Rat darin die Bedeutung des digitalen Wandels im Gesundheits- und Pflegewesen für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme und für die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie.

Aus Sicht des Rates wird die Entwicklung eines europäischen Gesundheitsdatenraums zur Steigerung der Effizienz und Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme und zu besseren Gesundheitsergebnissen für Patienten beitragen. Der Rat ersucht die Mitgliedstaaten, ihre Kräfte EU-weit zu bündeln, um den grenzüberschreitenden Zugang zu und Austausch von Gesundheitsdaten voranzubringen.

Die Umsetzung des europäischen Gesundheitsdatenraums müsse allerdings unter Einhaltung hoher Datenschutzanforderungen erfolgen. In Bezug auf die im Rahmen der Coronavirus-Krise entwickelten Anwendungen zur Nachverfolgung und Warnung von Kontaktpersonen betont der Rat die Bedeutung der grenzüberschreitenden Interoperabilität entsprechender Anwendungen und des Schutzes der Privatsphäre der Nutzer.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Haftpflichtversicherungsschutz bei Brustimplantaten

Ein inzwischen insolventes französisches Unternehmen hat innerhalb der EU fehlerhafte Brustimplantate vertrieben. Eine Patientin, der diese 2006 in Deutschland eingesetzt wurden, klagte gegen eine französische Versicherungsgesellschaft, die das Unternehmen mit einer in Frankreich obligatorischen Haftpflichtversicherung versicherte, auf Schadensersatz. Der Versicherungsvertrag enthält eine Gebietsklausel, welche den Schutz auf in Frankreich begründete Schäden beschränkt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied, dass eine Klausel, durch die der Haftpflichtversicherungsschutz territorial beschränkt wird, nicht gegen das Unionsrecht verstoße. Der Sachverhalt falle nicht in den Anwendungsbereich des Art. 18 Abs. 1 AEUV, so dass die Anwendung dieser Bestimmung auf die vorliegende Rechtssache ausgeschlossen sei.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Keine Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel

Das Pharmaunternehmen Novartis beantragte vor den deutschen Gerichten, dem Generikahersteller Ratiopharm die Abgabe von Gratismustern eines Arzneimittels, das denselben Wirkstoff enthält wie ein Arzneimittel von Novartis, zu untersagen. Gemäß Novartis verstoße eine solche Abgabe gegen das deutsche Arzneimittelgesetz. Eine Abgabe sei nur an Ärzte erlaubt, bei Apothekern handle es sich hingegen um eine unzulässige Abgabe von Werbeabgaben. Der angerufene Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied in diesem Zusammenhang am 11.06.2020, dass der Gemeinschaftskodex für Humanarzneimittel es pharmazeutischen Unternehmen nicht erlaube, Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker abzugeben, er verbiete jedoch keine Abgabe an Ärzte.

[Pressemitteilung](#)

Weltweite Coronavirus-Krisenreaktion: Finale des Spendenmarathons

Der von der Kommission am 4. Mai 2020 gestartete Spendenmarathon für Impfstoffe und Therapien zum globalen Kampf gegen das Coronavirus wird mit einer neuen Kampagne mit der internationalen Organisation „Global Citizen“ fortgesetzt. Zum Finale der Kampagne „Global Goal: Unite for our Future“, einem weltweiten Spendengipfel, lud EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen am 27. Juni ein. Beim internationalen Spendenmarathon sind für Impfstoffe und Behandlungen neue Hilfszusagen in Höhe von 6,15 Milliarden € zusammengekommen. Allein die Kommission und Deutschland sagten bei der virtuellen Geberkonferenz zusammen knapp 5,3 Milliarden € zu. Damit stiegen die bisherigen Hilfszusagen auf 15,9 Milliarden €. Zum Abschluss der virtuellen Geberkonferenz traten am Abend internationale Stars bei einem großen Online-Konzert auf. Mit dem Geld werden Testprogramme, Behandlungen und Impfstoffe für Länder überall auf der Welt und für alle, die sie benötigen, finanziert.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200529-coronavirus-spendenmarathon_de

Globaler Impfgipfel

Im Rahmen eines globalen Impfgipfels hat die Kommission am 4. Juni 2020 angekündigt, der Impfallianz GAVI Mittel in Höhe von 300 Mio. € für den Zeitraum 2021-2025 zur Verfügung zu stellen. Die Mittel werden genutzt, um bei Verfügbarkeit eines künftigen Impfstoffs 300 Millionen Kinder in der ganzen Welt zu immunisieren und Impfstoffbestände zur Abwehr von Ausbrüchen künftiger Infektionskrankheiten zu finanzieren. Der Impfgipfel ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Stärkung der Gesundheitssysteme der anfälligsten Länder der Welt und zur Erreichung der Ziele der weltweiten Coronavirus-Krisenreaktion.

[Pressemitteilung](#)

Kommission: Konsultation zu Fahrplan für geplante Arzneimittelstrategie

Die Kommission veröffentlichte am 2. Juni 2020 einen Fahrplan zu der geplanten europäischen Arzneimittelstrategie. Da die Coronavirus-Pandemie gezeigt hat, dass ein krisenresistentes System, um unter allen Umständen eine zeitnahe Versorgung mit Medikamenten zu gewährleisten, gebraucht wird, ist beabsichtigt, bis Ende des Jahres eine ehrgeizige Strategie vorzulegen. Diese soll die Schlüsselfragen wie Arzneimittelknappheit, die Verringerung der Abhängigkeit Europas von Drittländern bei der Versorgung mit Arzneimitteln und pharmazeutischen Wirkstoffen und die Unterstützung nachhaltiger Innovation beinhalten. Feedback ist bis 7. Juli möglich. Im 2. Quartal folgt eine förmliche öffentliche Konsultation.

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Kommission und ESA stellen neue Plattform vor

Mithilfe von Satelliten des EU-Erdbeobachtungsprogramms Copernicus, Künstlicher Intelligenz und Datenanalysen von Umweltparametern und menschlichen Aktivitäten können die Auswirkungen der Coronakrise und die Erholung nach der Pandemie bis in die kleinste Region beobachtet werden. Die Europäische Kommission hat dazu in Zusammenarbeit mit der Europäischen Weltraumorganisation ESA ein Coronavirus-Erdbeobachtungsinstrument (Rapid Action Coronavirus Earth observation tool, RACE) entwickelt und am 5. Juni 2020 vorgestellt. Die Plattform RACE kombiniert Beobachtungsdaten der Copernicus-Sentinel-Satelliten, die sich im Besitz der EU befinden, mit Künstlicher Intelligenz und Datenanalyse-Instrumenten.

[Pressemitteilung](#)

Kommission, EIB und Investitionsbank Berlin gemeinsam gegen Malaria

Die Europäische Investitionsbank (EIB), die Kommission und die Investitionsbank Berlin (IBB) haben am 4. Juni 2020 den Abschluss der ersten Finanzierungsrunde für den EU-Malaria-Fonds bekannt gegeben. Die Kommission und die EIB schießen zunächst 64 Mio. € in den Fonds ein. Er soll die Lücke zwischen Forschung und Markt schließen und realisierbare und preiswerte innovative Lösungen zur Prävention und Behandlung von Malaria ermöglichen. Weitere sechs Mio. € bringen mehrere nationale und private Investoren auf, darunter die IBB und die Bill & Melinda Gates Stiftung. Der Hauptbeitrag für den Fonds kommt aus dem EU-Programm InnovFin, das aus dem EU-Programm Horizont 2020 finanziert und von Kommission und EIB gemeinsam verwaltet wird.

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Geschlechtsspezifische Einflüsse

Die Kommission veröffentlichte am 27. Mai 2020 eine EU-geförderte Studie zum Einfluss der Geschlechterzugehörigkeit in der COVID-19 Pandemie. Danach zeigten erste Ergebnisse, dass Frauen über eine bessere Virusabwehr verfügen, aber sich öfter eine Infektion zuziehen und stärkere Nebenwirkungen bei den eingesetzten Medikamenten erfahren. Neben medizinischen Indikatoren beleuchtet die Studie auch soziale Fragestellungen, wie den Arbeitsmarkt und das Risiko für häusliche Gewalt. Datenerhebungen, Schutzmaßnahmen und Präventionskampagnen müssten demnach die Geschlechterunterschiede und daraus erwachsende Konsequenzen stärker berücksichtigen. Dies reiche vom Design der Schutzausrüstung über die Informationsaufbereitung bis hin zur nachhaltigen Ausrichtung der Instrumente zur Arbeitsmarktbelebung.

[Studie](#)

EU-Bericht zu suchtmittelbezogenen Infektionskrankheiten

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) hat einen Bericht zu suchtmittelbezogenen Infektionskrankheiten veröffentlicht. Dieser erfasst den Sachstand auf europäischer Ebene bei suchtmittelinjizierenden Personen und wurde im Rahmen der European Testing Woche 2020 veröffentlicht. Der Bericht hebt die Bedeutung frühzeitiger Test- und Diagnoseverfahren hervor. Darüber hinaus sei die Anbindung der Suchtstellen an die Gesundheitsversorgung entscheidend, um die Eindämmung der AIDS-Epidemie und der viralen Hepatitis bis 2030 zu erreichen.

[Pressemitteilung](#)

Handbuch für effizienten Ressourceneinsatz in der Gesundheitsversorgung

Das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) hat ein Handbuch für einen besseren Ressourceneinsatz in der Gesundheitsversorgung veröffentlicht. Ziel ist es, einen Beitrag zur Einsparung von finanziellen und materiellen Ressourcen zu leisten. Hintergrund sind Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), laut derer aktuell circa 30% der im Gesundheitswesen verwendeten Mittel durch nachhaltige Organisation eingespart werden könnten. Mit dem Handbuch und einer „Matrix zur Implementierung“ sollen messbare Erfolge erzielt werden können.

[Pressemitteilung](#)

Webplattform Re-open EU

Die Webplattform Re-open EU (siehe oben unter 1) gibt auch Informationen über Patengutscheinsysteme. Damit können die Verbraucher/innen ihre Unterstützung für ihre Lieblingshotels oder –restaurants durch den Kauf von Gutscheinen für einen Aufenthalt oder ein Essen nach der Wiederöffnung bekunden und somit der europäischen Gastronomie und Hotellerie nach der Aufhebung der Beschränkungen und der Öffnung der Grenzen helfen. Patengutscheine helfen Unternehmen bei der Überbrückung finanzieller Engpässe, wobei die Leistungen später erbracht werden. Der vom Gast gezahlte Betrag geht direkt an den Dienstleister. Durch die Einrichtung dieser themenspezifischen Seite möchte die Kommission dazu beitragen, teilnehmende Unternehmen und interessierte Gäste – insbesondere im Fall von Reisen in Ausland – besser zu vernetzen.

Schließlich wird auf der europäischen digitalen Kulturplattform Europeana auf der Seite Discovering Europe eine Kollektion von Kunstwerken und Fotografien präsentiert, die einige der markantesten Sehenswürdigkeiten und Naturschönheiten Europas zeigen. Darüber hinaus wird auf Europeana Pro eine spezielle Tourismusschnittstelle eingerichtet, auf der sich Kulturerbe Fachleute über Initiativen zur Förderung des Tourismus in der gesamten EU informieren können.

[Pressemitteilung](#)

Jahresbericht zu Handelshemmnissen: Protektionismus bleibt ein Problem

Europäische Unternehmen konnten 2019 durch die Beseitigung von Handelshemmnissen zusätzliche Exporte in Höhe von 8 Mrd. € generieren, wie aus dem am 18. Juni 2020 veröffentlichten Jahresbericht über Handels- und Investitionshindernisse hervor geht. Die Gesamtzahl der bestehenden Handelshemmnisse beläuft sich 2019 weltweit auf 438, von denen 43 im vergangenen Jahr von 22 verschiedenen Ländern eingeführt wurden. Die hohe Zahl neuer Exportbeschränkungen zeigt, dass Protektionismus im Welthandel tief verwurzelt ist.

[Pressemitteilung](#)

EU-China-Gipfel: Neuer Termin offen

In Telefonaten mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping und dem Ratspräsidenten Charles Michel hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel am 3. Juni 2020 eine Verschiebung des bislang für den 14. September 2020 geplanten EU-China Treffens in Leipzig als wichtigen Meilenstein der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vereinbart. Alle Drei betonten die hohe Bedeutung des Treffens, das jedoch wegen der Pandemie im September kaum möglich sei. Ein neuer Termin für ein physisches Treffen der Staats- und Regierungschefs soll alsbald gefunden und das Treffen damit nachgeholt werden.

[Pressemitteilung](#)

Corona-Beihilferahmen zugunsten kleiner Unternehmen und Start-ups gelockert

Die europäische Wettbewerbsaufsicht hat am 30. Juni 2020 den befristeten Rahmen erneut ausgeweitet, um die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, diese Unternehmen stärker zu unterstützen.

Es wurden Bestimmungen eingeführt, die Anreize für private Investoren schaffen, sich gemeinsam mit dem Staat an Rekapitalisierungsmaßnahmen zu beteiligen, damit weniger staatliche Beihilfen erforderlich sind und die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen abnimmt.

Außerdem wurde präzisiert, dass die Gewährung von Beihilfen nicht davon abhängig gemacht werden darf, dass Produktions- oder sonstige Tätigkeiten des Empfängers aus einem anderen Staat der Union in den Staat, der die Beihilfe gewährt, verlagert werden

Am 19. März 2020 hat die Kommission auf der Grundlage des Artikels 107 Absatz 3 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union den [Befristeten Rahmen](#) für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des COVID-19-Ausbruchs angenommen. Der Befristete Rahmen wurde bereits am [3. April](#) und am [8. Mai 2020](#) geändert. In dem Rahmen wird anerkannt, dass das Wirtschaftsleben in der gesamten EU beträchtlich gestört ist. Er bietet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, den in den Beihilfavorschriften vorgesehenen Spielraum in vollem Umfang zu nutzen, um die Wirtschaft zu unterstützen, begrenzt jedoch gleichzeitig Beeinträchtigungen des fairen Wettbewerbs im Binnenmarkt.

[Pressemitteilung](#)

Mehr Geld für Landwirtschaft und Fischerei um grünen Übergang zu erleichtern

Im Rahmen ihrer Vorschläge für einen europäischen Aufbauplan #NextGenerationEU und einen überarbeiteten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) hat die Kommission am 2. Juni 2020 vorgeschlagen, die EU-Mittel für die Landwirtschaft und Fischerei aufzustocken. Um Landwirte und ländliche Gebiete bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals, insbesondere der neuen Strategien für nachhaltige Lebensmittel und Biodiversität, zu unterstützen, sollen die entsprechenden Fonds um 16,5 Mrd. € (laufende Preise) aufgestockt werden. Der Europäische Meeres- und Fischereifonds soll mit 500 Mio. € mehr Mitteln ausgestattet werden, eine Aufstockung um acht %.

Die zusätzlichen Mittel sollen Landwirten insbesondere helfen, die Klima- und Umweltziele der neuen Strategien „Vom Hof auf den Tisch“ und für mehr Artenvielfalt zu erreichen. Dort hatte die Kommission unter anderem vorgeschlagen, mindestens 30 % der europäischen Land- und Meeresgebiete in Schutzgebiete umzuwandeln. Für den Übergang zu nachhaltigeren Lebensmittelsystemen sollen der Einsatz von Pestiziden halbiert und ein Viertel der landwirtschaftlichen Flächen in der EU ökologisch bewirtschaftet werden. Auch die Kennzeichnung von Lebensmitteln soll weiter verbessert werden.

Im Rahmen von #NextGenerationEU schlägt die Kommission nun zum einen vor, die Haushaltsmittel für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums in konstanten Preisen zum Bezugsjahr 2018 um 15 Mrd. € aufzustocken, eingerechnet laufender Preissteigerungen bis zum Ende des Finanzrahmens um 16,5 Mrd. Euro.

Im Rahmen eines verstärkten langfristigen EU-Haushalts für den Zeitraum 2021-2027 soll dafür der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) der GAP um 4 Mrd. € (4,5 Mrd. € zu laufenden Preisen) und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) um weitere 5 Mrd. € (5,6 Mrd. € zu laufenden Preisen) aufgestockt werden. Zudem hat die Kommission vorgeschlagen, die Haushaltsmittel für das Programm Horizont Europa auf 94,4 Mrd. € aufzustocken, um die EU-Unterstützung für Forschung und Innovation in den Bereichen Gesundheit und Klima zu verstärken.

Im Rahmen eines verstärkten langfristigen EU-Haushalts für den Zeitraum 2021-2027 wird auch der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) um 500 Mio. € aufgestockt. Dabei handelt es sich um eine Erhöhung von über 8 % im Vergleich zu den 2018 für den EMFF ursprünglich vorgeschlagenen Mitteln.

[Pressemitteilung](#)

Verlängerung der derzeitigen GAP-Vorschriften bis Ende 2022

Der Rat hat am 30. Juni 2020 mit dem Europäischen Parlament eine gemeinsame Einigung darüber erzielt, die europäischen Landwirte im Rahmen des derzeitigen Rechtsrahmens bis Ende 2022, wenn die neue Gemeinsame Agrarpolitik in Kraft tritt, weiterhin zu unterstützen. Der ausgehandelte Text wurde später am selben Tag vom Sonderausschuss für Landwirtschaft des Rates gebilligt.

Die Verlängerung der derzeitigen Vorschriften um zwei weitere Jahre und bis zur Vereinbarung und Durchsetzung der neuen GAP bietet allen Landwirten in ganz Europa während der COVID-19-Krise die benötigte Vorhersehbarkeit und Sicherheit. Die EU wird weiterhin Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums finanzieren und die europäischen Landwirte durch Direktzahlungen unterstützen, während gleichzeitig ein reibungsloser Übergang in die nächste GAP-Periode gewährleistet werden soll.

Die Verlängerung ermöglicht ununterbrochene Zahlungen an Landwirte und andere Begünstigte. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten innerhalb dieser zwei Jahre Zeit, ihre strategischen Pläne im Rahmen der neuen GAP-Gesetzgebung vorzubereiten und ihre Umsetzung nach Genehmigung durch die Kommission zu planen.

Die endgültige Verabschiedung der Übergangsverordnung wird für Ende 2020 erwartet, da sie eng mit dem derzeit verhandelten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) verbunden ist.

[Pressemitteilung](#)

Absatzförderung finanziell aufgestockt in der Coronakrise

Die Kommission stellt zusätzliche 10 Mio. Euro zur Absatzförderung für Obst, Gemüse, Milchprodukte und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU zur Verfügung. Sie will damit die von der COVID-19-Krise am stärksten betroffenen Landwirte und Nahrungsmittelproduzenten unterstützen. Die Hälfte dieses Betrags ist für Absatzförderungsmaßnahmen bestimmt, die gemeinsam von Erzeugerorganisationen aus mehreren EU-Ländern durchgeführt werden, die andere Hälfte für nationale Maßnahmen. Vorschläge können bis 27. August eingereicht werden.

Dies ist das erste Mal, dass die Kommission die Absatzförderung als Instrument einsetzt, um auf eine ernsthafte Marktstörung zu reagieren.

Maßnahmen zur Absatzförderung sollen neue Märkte für EU-Landwirtinnen und -Landwirte sowie die Lebensmittelindustrie allgemein erschließen und bestehende Unternehmen stärken.

[Pressemitteilung](#)

Mehr als 90 % der deutschen Badestellen von ausgezeichneter Qualität

Von knapp 2300 untersuchten Badegewässern in Deutschland haben 2120 eine ausgezeichnete Qualität, das sind 92,5 %. 103 Badestellen haben eine gute Qualität, 27 eine ausreichende Qualität, nur acht Badestellen werden als mangelhaft eingestuft. Das zeigt der am 8. Juni 2020 veröffentlichte Badegewässerbericht der Europäischen Umweltagentur (EUA), der die Messwerte aus dem Jahr 2019 auswertet. Damit liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt: europaweit haben knapp über 85 % der Badestellen in ganz Europa, die im vergangenen Jahr überwacht wurden, die höchsten Anforderungen für ausgezeichnete Wasserqualität erfüllt.

[Pressemitteilung](#)

ERH: Biodiversität auf landwirtschaftlichen Nutzflächen rückläufig

In Europa sind Bestand und Vielfalt der Tierarten auf Agrarland stark rückläufig. Zu dieser Einschätzung kommt ein am 5. Juni 2020 veröffentlichter Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes (ERH). Der Hof bewertete, ob die EU-Agrarpolitik (GAP) zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität auf landwirtschaftlichen Nutzflächen beigetragen hat. Er stellte fest, dass die Formulierung der Agrarziele der EU-Biodiversitätsstrategie die Messung der Fortschritte erschwert, dass die Art und Weise, wie die Kommission die Ausgaben für biologische Vielfalt im EU-Haushalt verfolgt, unzuverlässig ist, dass die Auswirkungen der GAP-Direktzahlungen begrenzt oder unbekannt sind und dass die Kommission und die Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums mit geringeren Auswirkungen bevorzugt haben.

Der Hof empfiehlt der Kommission, ihre nächste Biodiversitätsstrategie besser zu gestalten, den durch Direktzahlungen und Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums geleisteten Beitrag zur Biodiversität zu verbessern, die Ausgaben im Zusammenhang mit der Biodiversität genauer zu verfolgen und zuverlässige Indikatoren zu entwickeln, die sich für die Überwachung der Fortschritte bei der Biodiversität von Agrarland eignen.

[Pressemitteilung](#)

Umweltausschuss kündigt Gespräche zu GAP auf

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit (Envi) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 11. Juni 2020 die gemeinsamen Beratungen mit dem EP-Agrarausschuss über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2020 aufgekündigt.

Bei einem Envi-Votum wurde eine knappe Mehrheit für den Ausstieg gemeinsamer Beratungen von Agrarausschuss und Umweltausschuss über die Ausgestaltung der grünen Architektur der GAP-Reform beschlossen.

Das Anliegen des Agrarausschusses bestand darin, die schon allzu lange währenden Verhandlungen über die GAP-Reform im Schulterschluss mit den Umweltkollegen zügig voranzubringen. Ziel dieses Ansatzes war es - gestützt auf Regel 58 der parlamentarischen Zusammenarbeit - "auf Augenhöhe" eine gemeinsame Entschließung zur Vorlage im Gesamtparlament zu erarbeiten.

Im Gegensatz zur Aufkündigung der gemeinsamen Arbeit an der GAP-Reform, bekräftigte der Umwelt- und Gesundheitsausschuss, ihre Zusammenarbeit mit dem EP-Agrarausschuss beim Thema "Farm to Fork" und Biodiversität weiter fortsetzen zu wollen.

Änderungsanträge für die Abstimmung über die GAP-Reform im Plenum werden nun verstärkt die politischen Parteien einbringen. Dadurch droht ein Abstimmungsmarathon.

Untersuchungsausschuss zum Tierschutz bei Tiertransporten

Mit großer Mehrheit hat das EU-Parlament einen Untersuchungsausschuss zu Tiertransporten auf den Weg gebracht. Bei 31 Enthaltungen und 53 Gegenstimmen votierten 605 EU-Abgeordnete dafür, einen solchen Ausschuss einzusetzen. Er soll binnen zwölf Monaten prüfen, inwieweit es bei Tiertransporten innerhalb und außerhalb der EU zu Verstößen gegen die bestehende EU-Gesetzgebung kommt.

Der Auftrag an den neu zu formierenden Untersuchungsausschuss soll dabei umfassend ausgestaltet sein – und sämtliche Tiertransporte per Luft, Straße, Schiene und Wasser analysieren.

Der Untersuchungsausschuss soll aus 30 EU-Abgeordneten bestehen. Der zunächst für die Dauer eines Jahres installierte Ausschuss kann zweimal um jeweils drei Monate verlängert werden. Bei der Prüfung wird es auch darum gehen, ob die Kommission sich ein Versäumnis hat zuschulden kommen lassen, um aktiv und wirksam gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen.

[Pressemitteilung](#)

Wasserrahmenrichtlinie wird nicht überarbeitet

Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU wird bis auf weiteres keiner weiteren Revision unterzogen. Das hat Virginijus Sinkevičius, EU-Kommissar für Umwelt, Ozeane und Fischerei, angekündigt.

Die WRRL hat – im Zusammenhang mit der EU-Nitratrichtlinie von 1991 – große Bedeutung für Deutschland. Grund ist ein nach wie vor drohendes Zweitverfahren der Kommission gegen Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen Verstoßes gegen die EU-Nitratrichtlinie.

Der EuGH hatte am 21. Juni 2018 in einem Urteil die Auffassung der EU-Kommission bestätigt, wonach Deutschland gegen die EU-Nitratrichtlinie verstoßen hat und sich also in Deutschland zu viel Nitrat im Grundwasser befindet. Auch die später von der Kommission in Augenschein genommene novellierte bundesdeutsche Düngeverordnung von 2017 hielt einer Überprüfung nicht stand. Deutschland, also das Bundesumwelt- und das Bundeslandwirtschaftsministerium, legten schließlich 2020 eine nochmals überarbeitete Düngeverordnung vor. Die Kommission hat zunächst Aufschub gewährt: Bis Ende dieses Jahres müssen bundesweit die besonders durch Nitrat und Phosphat belasteten sogenannten Roten Gebiete neu konturiert werden – mit angemessener Ausstattung repräsentativer Messstellen.

Danach wird die Kommission erneut abwägen, ob die von Deutschland eingeleiteten Maßnahmen ausreichen, um die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie zu erfüllen.

Neben der Nitratrichtlinie nimmt die Wasserrahmenrichtlinie bei der Gesetzgebung zur Sicherung der Wasserqualität in der EU eine Schlüsselrolle ein. Ziel der EU-Rechtsprechung: Bis 2027 soll in der Union ein „guter ökologischer Zustand“ erreicht sein.

EEA Bericht zur Lebensmittelverschwendung

Nach einem am 17. Juni 2020 von der Europäischen Umweltagentur (EEA) veröffentlichten Bericht werden in der EU (einschließlich Großbritannien) jedes Jahr rund 20 % aller produzierten Lebensmittel entlang der Wertschöpfungskette verschwendet. Der Bericht analysiert Bio- und Gartenabfälle. Lebensmittelabfälle machen etwa zwei Drittel der Bioabfälle aus, die ihrerseits gut ein Drittel aller kommunalen Abfälle in Europa ausmachen.

Die Verunreinigung von Bioabfall durch Kunststoffe ist laut EEA besonders besorgniserregend. Die Organisation befürwortet daher klare Regeln für die Kennzeichnung von kompostierbaren/biologisch abbaubaren Kunststoffen. Der Anteil an Bioabfällen in Siedlungsabfällen ist in den letzten Jahren gestiegen, auch in vielen Ländern mit gut etablierten getrennten Sammelsystemen, heißt es im Bericht.

[Bericht](#)

Wölfe auch in Siedlungsgebieten geschützt

In seinem Urteil vom 11. Juni 2020 hat sich der Europäische Gerichtshof zum räumlichen Anwendungsbereich des strengen Schutzsystems für bestimmte Tierarten geäußert, das die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Habitat-Richtlinie) vorsieht. Dabei hat der Gerichtshof bestätigt, dass dieses strenge Schutzsystem für die in Anhang IV Buchst. a der Richtlinie genannten Arten, darunter den Wolf, auch für Exemplare gilt, die ihren natürlichen Lebensraum verlassen und in menschlichen Siedlungsgebieten auftauchen.

Der Gerichtshof ist zu dem Ergebnis gelangt, dass die Verpflichtung, die geschützten Tierarten streng zu schützen, für das gesamte „natürliche Verbreitungsgebiet“ dieser Arten gilt, unabhängig davon, ob sie sich in ihrem gewöhnlichen Lebensraum, in Schutzgebieten oder aber in der Nähe menschlicher Niederlassungen befinden.

Was die Handhabung von Fällen betrifft, die eintreten können, wenn ein Exemplar einer geschützten Tierart mit Menschen oder ihrem Eigentum in Kontakt tritt, insbesondere Konflikte, die sich aus der Beanspruchung der natürlichen Räume durch den Menschen ergeben, hat der Gerichtshof darauf hingewiesen, dass es den Mitgliedstaaten obliegt, einen vollständigen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der der Habitat-Richtlinie Maßnahmen zur Verhütung ernster Schäden insbesondere an Kulturen oder in der Tierhaltung oder Maßnahmen im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, umfassen kann.

[Pressemitteilung](#)

Umwelt-Rat : Green Deal für Erholung nach der COVID-19 -Pandemie

Am 23. Juni 2020 führten die Umweltminister/innen per Videokonferenz eine Aussprache über den Beitrag von Umwelt- und Klimapolitiken auf die Wiederherstellung nach der COVID-19- Pandemie. Sie stimmten darin überein, dass die Umsetzung des sogenannten „Green Deal“ maßgeblich für ein grünes Wachstum und eine widerstandsfähigere Europäische Union sowie auch für die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 sei. Dabei wurde u. a. herausgestellt, dass die Umsetzung einer angemessenen Finanzausstattung aus dem künftigen EU-Haushalt bedürfe. Weiterhin wurde die Bedeutung der EU-Biodiversitätsstrategie für den Naturschutz sowie für die nachhaltige Wiederherstellung der Ökosysteme betont und eine Integration in andere Bereiche wie Landwirtschaft, Fischerei oder Forstpolitik gefordert, um so eine kohärente Umsetzung der Maßnahmen EU-weit zu gewährleisten. Gegenstand der Erörterungen waren ebenso die Kreislaufwirtschaft sowie die EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“.

[Pressemitteilung](#)

Agrar- und Fischereirat berät Fangquoten und GAP

Am 29. Juni 2020 fand die vierte Informelle Videokonferenz der EU-Agrar- und Fischereiministerinnen und -minister statt. Diese Videokonferenz war die letzte unter kroatischer Ratspräsidentschaft und markiert damit auch den Übergang auf die bevorstehende deutsche Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2020. Im Mittelpunkt der Videokonferenz standen fischereipolitische Themen. Der Rat befasste sich schwerpunktmäßig mit der Mitteilung der Kommission zu den Fangmöglichkeiten für 2021 „Towards more sustainable fishing in the EU: State of play and orientations for 2020“.

Die Mitteilung enthält neben einer Darstellung der Grundsätze und der Zielsetzungen der Kommission für die Festlegung der Fangmöglichkeiten für 2021 eine Analyse über die aktuelle Situation der Fischbestände in den einzelnen EU-Gewässern.

Besonders hervorgehoben werden von der Kommission die weiteren Fortschritte bei der Umsetzung zur Erreichung der Ziele der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik: Danach ist die Zahl der nachhaltig bewirtschafteten Bestände 2020 auf 62 (von insgesamt 78 Beständen) gestiegen (Vorjahr: 59). Damit wird für den Nordostatlantik, die Nordsee und die Ostsee für 2020 erwartet, dass 99 % der Fänge (Anlandungen) aus diesen Gewässern, die ausschließlich von der EU bewirtschaftet werden, nachhaltig bewirtschaftet werden.

Bezüglich der Festlegung der Fangmöglichkeiten für 2021 strebt die Kommission bei allen Beständen mit analytischer Bewertung eine nachhaltige Bewirtschaftung auf „Maximum Sustainable Yield“-Niveau (nachhaltiger Dauerertrag) an. Gleichzeitig will sie die Flexibilität, die die Mehrjahrespläne für die einzelnen Meeresbecken bei der Quotenfestlegung bieten, nutzen.

Im Bereich Landwirtschaft hat der Vorsitz den Ministerinnen und Ministern den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 dargestellt.

[Fortschrittsbericht GAP](#)

[Mitteilung Fangmöglichkeiten](#)

[Pressemitteilung](#)

Meere und Ozeane besser schützen

Europa muss seine Meere und Ozeane besser schützen, so ein Bericht der Kommission zur Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRR) vom 25. Juni 2020. Zwar ist der EU-Rechtsrahmen zum Schutz der Meere umfassend, übermäßige Nährstoffbelastung, Unterwasserlärm, Kunststoffabfälle und nicht nachhaltige Fischereimethoden gefährden die Meeresumwelt jedoch weiterhin. Das zeigen die am 25. Juni 2020 veröffentlichten „Meeresnachrichten“ der Europäischen Umweltagentur.

Kommissar Virginijus Sinkevičius, zuständig für Umwelt, Meere und Fischerei, kündigte eine Überprüfung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie an, um ihre Erfolge und Schwachstellen herauszuarbeiten.

Der Bericht zeigt, dass fast die Hälfte der europäischen Küstengewässer von starker Eutrophierung betroffen ist. Die EU-Vorschriften über Chemikalien haben zwar zu einer Verringerung von Schadstoffen geführt, dafür wurde bei den meisten Meeresarten eine Zunahme von Kunststoffresten und chemischen Kunststoffrückständen festgestellt. Der fischereiliche Druck hat im Nordostatlantik und der Ostsee abgenommen, doch der Meeresboden an der Küste ist in ganz Europa immer noch erheblichen physischen Störungen ausgesetzt.

[Pressemitteilung](#)

EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Landwirtschaftsministeriums

[Mecklenburg-Vorpommern unterstützt Aalbesatzmaßnahmen](#) (08. Juni 2020)

[Nutzer und Naturschützer einigten sich zum Vogelschutzgebiet „Schweriner Seen“](#) (30.06.2020)

[60 Millionen Euro für Agrarumweltmaßnahmen fristgerecht ausgezahlt](#) (30.06.2020)

Öffentliche Konsultation zum Aktionsplan für digitale Bildung

Am 17. Juni 2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum geplanten Update des Aktionsplans für digitale Bildung gestartet. Der aktualisierte Aktionsplan wird ein Schlüsselinstrument im Aufbauprozess nach der Coronaviruskrise sein. Er wird die aus der Krise gewonnenen Erkenntnisse aufgreifen und eine Langzeitvision für die digitale Bildung in Europa entwerfen. Der Aktionsplan soll Maßnahmen beinhalten, die die Mitgliedstaaten gezielt bei der Zusammenarbeit bei der Modernisierung ihrer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung unterstützen können, um sie für das digitale Zeitalter fit zu machen.

[Pressemitteilung und Zugang zur Umfrage](#)

Umschulung und Weiterbildung – Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit

Am 8. Juni 2020 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Umschulung und Weiterbildung als Grundlage für die Verbesserung der Nachhaltigkeit und Beschäftigungsfähigkeit im Zusammenhang mit der Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs und des sozialen Zusammenhalts verabschiedet. Die Covid 19 Krise hat die Notwendigkeit gezeigt, in allen Bereichen umfassend in Bildung und Ausbildung zu investieren, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und Gesellschaft der Europäischen Union zu fördern. Vor diesem Hintergrund fordert der Rat die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Pläne zur Wiederherstellung einer neuen Normalität nach Covid-19 einen strategischen Ansatz für die Umschulung und Weiterbildung sowie Maßnahmen zur Anpassung der allgemeinen und beruflichen Bildung auf der Grundlage der aus der Krise gewonnenen Erkenntnisse enthalten. Die Schlussfolgerungen unterstreichen die Bedeutung einer gezielteren Nutzung der EU-Finanzinstrumente, wie Europäischer Sozialfonds, Erasmus+ und InvestEU.

[Ratsschlussfolgerungen](#)

Bewältigung der COVID-Krise in der allgemeinen und beruflichen Bildung

Am 16. Juni 2020 hat der Rat Schlussfolgerungen zu den durch die COVID-Pandemie verursachten Herausforderungen für der allgemeine und beruflichen Bildung sowie die von den Mitgliedstaaten getroffenen Sofortmaßnahmen verabschiedet. Die Ratsschlussfolgerungen nehmen in besonderem Maße die Innovationsmöglichkeiten sowie Chancen zur Beschleunigung des digitalen Wandels und zur Weiterentwicklung der digitalen Fähigkeiten und Kompetenzen von Lehrkräften und Auszubildenden in den Blick. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der CO-VID-Pandemie auf die allgemeine und berufliche Bildung in der gesamten EU werden die Mitgliedstaaten in den Schlussfolgerungen ferner ersucht, den Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Verfahren fortzusetzen.

[Schlussfolgerungen des Rates](#)

314 Mio. € zur Bekämpfung des Coronavirus und den Aufbau aus Horizont 2020

Am 8. Juni 2020 hat die Kommission mitgeteilt, dass sie über das [Accelerator-Pilotprojekt des Europäischen Innovationsrats \(EIC\)](#) 36 Unternehmen Förderungen in Höhe von fast 166 Mio. € gewährt hat, mit denen die Coronavirus-Pandemie bekämpft werden soll. Darüber hinaus erhalten weitere 36 Unternehmen über 148 Mio. EUR als Beitrag zum [Europäischen Aufbauplan](#), sodass sich die Gesamtinvestitionen aus „Horizont 2020“, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, in dieser Runde auf 314 Mio. € belaufen. Die ausgewählten Unternehmen entwickeln zukunftsweisende Projekte wie etwa eine Antikörperplattform für die Behandlung schwerer Infektionsfälle.

[Pressemitteilung](#)

[Unternehmen und Projekte](#)

Gestaltung der digitalen Zukunft Europas

Am 9. Juni 2020 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Digitalstrategie der Kommission „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ („Shaping Europe’s Digital Future“) im schriftlichen Verfahren beschlossen. Darin werden die Mitteilungen der Kommission zur Digitalstrategie, Datenstrategie und zum Weißbuch Künstliche Intelligenz begrüßt und alle Beteiligten aufgerufen, zu deren Erfolg aktiv beizutragen.

Neue Technologien wie Supercomputing, Quantentechnologien und Cloud Computing werden in ihrer Bedeutung hervorgehoben. Der Rat ermutigt die Mitgliedstaaten, Forschung und Entwicklung und den Einsatz künstlicher Intelligenz weiterhin zu fördern, z. B. durch digitale Innovationszentren. Darüber hinaus unterstützt der Rat Initiativen, die darauf abzielen, die Forschungs- und Innovationskapazitäten der EU im Bereich der Cybersicherheit zu stärken.

[Pressemitteilung](#)

Leistungsbericht zu Forschung und Innovation veröffentlicht

Die Kommission hat einen neuen Leistungsbericht für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Innovation veröffentlicht, in dem analysiert wird, wie Europa im globalen Kontext abschneidet. Der Bericht zeigt, dass die EU bei der wissenschaftlichen Produktion und Exzellenz im Spitzenfeld liegt.

So werden z.B. 25 % der am häufigsten zitierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Thema Klima in der EU verfasst. Potential bietet allerdings noch das Thema Digitalisierung. Das nächste Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation, Horizont Europa, wird eine zentrale Rolle spielen.

Der Leistungsbericht hebt hervor, dass Forschung und Innovation sowohl Unternehmen als auch Regionen und Länder bei einem nachhaltigen und inklusiven Wachstum unterstützen müssen. Dem Abhängen weniger entwickelter Regionen soll damit entgegen gewirkt werden.

Zudem wird auf die Rolle von Forschung und Innovation für eine nachhaltige Steigerung der Produktivität der Unternehmen – und damit der Beschäftigung und Wertschöpfung – hingewiesen. Der Bericht 2020 enthält elf politische Empfehlungen zum Schutz der Menschen, des Planeten und des Wohlstands. Die Umsetzung dieser sollen zu einem fairen, klimaneutralen und digitalen Europa beitragen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und Regionen stärken.

[Leistungsbericht](#)

[Horizon Europe](#)

Hochleistungsrechner zur COVID - 19 Forschung

Ein aus dem EU Forschungsprogramm Horizont 2020 mit 3 Mio. € unterstütztes Forschungsprojekt führt mithilfe von Hochleistungsrechnern zu vielversprechenden Ergebnissen zur möglichen Behandlung von COVID-19. Das Konsortium „Exscalate4CoV“ hat bei der Erforschung von Mitteln gegen das Coronavirus ein ermutigendes Ergebnis erzielt.

Konkret wurde herausgefunden, dass das für die Osteoporose-Therapie zugelassene Generikum Raloxifene auch zur Behandlung von COVID-19-Patienten mit schwachen Symptomen geeignet sein könnte.

Dabei wurde eine von der EU unterstützte, weltweit führende Hochleistungsrechnerplattform mit Zentren in Deutschland, Spanien und Italien genutzt, um die möglichen Auswirkungen bekannter Moleküle auf die Genomstruktur des Coronavirus zu prüfen. „Exscalate4CoV“ besteht aus 18 Partnern und 15 assoziierten Mitgliedern. Nächster Schritt sind nun Gespräche mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur über die schnelle Durchführung klinischer Tests.

[Pressemitteilung](#)

[Internetseite von Exscalate4CoV](#)

Europäischer Verteidigungsfonds - 205 Mio. € Förderung

Am 15. Juni 2020 hat die Kommission angekündigt, dass 16 europaweite Projekte in der Verteidigungsindustrie und drei Projekte zu disruptiven Technologien mit 205 Mio. € zur Stärkung der strategischen Autonomie und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU gefördert werden. Die Finanzierung erfolgt aus den beiden Vorläuferprogrammen eines vollwertigen Europäischen Verteidigungsfonds.

Die angekündigten Projekte werden die Entwicklung europäischer Verteidigungsfähigkeiten voranbringen. Hierzu gehören beispielsweise: Drohnen und verwandte Technologien, Weltraumtechnologien, unbemannte Bodenfahrzeuge, Hochpräzisions-Flugkörpersysteme, künftige Marineplattformen, luftgestützte elektronische Angriffsfähigkeiten, taktische und Tarntechnologien der nächsten Generation.

[Pressemitteilung](#)

EU geförderte Kooperationsprojekte 2020 im Kulturbereich

Die Exekutivagentur EACEA der Kommission hat am 3. Juni 2020 die Ergebnisse der achten Antragsrunde für europäische Kooperationsprojekte im Kulturbereich im Programm Creative Europe veröffentlicht. Aus den 391 eingereichten Projekten wurden 113 ausgewählt. Damit vergibt die Kommission insgesamt 47.127.894 € an europaweite Kulturprojekte.

An den bewilligten Projektkonsortien werden insgesamt 42 deutsche Organisationen in 36 verschiedenen Projekten teilnehmen. Unter den „Großen Kooperationsprojekten“ sind aus Deutschland u. a. die Tanzfabrik Berlin e.V., das Sommerblut Kulturfestival e.V. in Köln, das internationale Kulturbüro Diehl+Ritter in Berlin und das Aktionstheater PAN.OPTIKUM in Freiburg.

Unter den „Kleinen Kooperationsprojekten“ wählte die Europäische Union OISTRALE - Zentrum für zeitgenössische Kunst e.V in Dresden, den Musikwettbewerb für die Jugend EMCY e.V. in München und das Center for the Cultivation of Technology in Berlin aus. Die Erfolgsrate für Anträge aus Deutschland liegt nach Aussage des „Creative Europe Desk KUL-TUR“ bei 27 % (europaweit 29 %).

[Übersicht der Gesamtergebnisse des Calls](#)

[Übersicht der Projekte mit deutscher Beteiligung](#)

Social Media-Kampagne „Europe’s Culture – close to you“

Am 17. Juni 2020 hat die Kommission die Social Media-Kampagne „Europe’s Culture – close to you“ gestartet. Ziel ist es, durch Informationen zum nachhaltigen Kulturtourismus aufzurufen. Die Kampagne wird kulturellen Stätten und Initiativen in ganz Europa vorstellen und möchte das vielfältige Natur- und Kulturerbe Europas sichtbar machen. Teil der Maßnahme sollen auch digitale Ressourcen sein, die das Leben europäischer Urlauber erleichtern. Z.B. – schon jetzt – die interaktive Karte „Re-Open EU“ mit detaillierten Reiseinformationen zu allen EU-Mitgliedstaaten. Der Hashtag der Kampagne ist „#EuropeForCulture“, ursprünglich für das europäische „Jahr des Kulturerbes 2018“ erstellt.

[Pressemitteilung](#)

Online Konsultation zu digitalen Technologien für das kulturelle Erbe

Bis zum 14. September 2020 führt die Kommission eine Online-Konsultation zu den Möglichkeiten digitaler Technologien für das Kulturerbe durch. Ziel ist es, bei Interessenten die Bedeutung der Digitalisierung und digitalen Transformation im Bereich des Kulturerbes zu erfragen. Zudem dient sie der Evaluierung der Empfehlung der Kommission vom 27. Oktober 2011 zur Digitalisierung und Online-Zugänglichkeit kulturellen Materials und dessen digitaler Bewahrung.

Die Konsultation will schwerpunktmäßig auch Auswirkungen der Corona-Krise auf die Digitalisierung des Kulturerbes und Erfahrungen diesbezüglich erfragen. Die Konsultation richtet sich an alle Bürger, zuständige Behörden in den Mitgliedstaaten, nationale und regionale Kulturerbe-Institutionen (z. B. Bibliotheken, Archive, Galerien und Museen), internationale Organisationen und betroffene Dachverbände von Interessengruppen.

[Konsultation](#)

[Empfehlung der Kommission vom 27. Oktober 2011](#)

Videokonferenz des informellen Energierates

Die Energieminister*innen der Mitgliedstaaten einigten sich am Montag, den 15. Juni 2020 bei einem informellen Treffen per Videokonferenz auf die entscheidende Rolle innovativer Energietechnologien wie intelligente Netze, Wasserstoff und erneuerbare Energien für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wettbewerbsfähigkeit und die Dekarbonisierung Europas im Zusammenhang mit dem Konjunkturprogramm der EU zur Bewältigung der Corona Pandemie (Recovery Plan). Während dieses Treffens betonten mehrere Minister*innen die Bedeutung intelligenter sektoraler Integrationstechnologien, insbesondere von Wasserstoff. Die für Ende Juni vorgesehene Präsentation dieser Strategien wurde auf den 8. Juli 2020 verschoben. Was den Wasserstoff betrifft, so haben sechs Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande) und die Schweiz am selben Tag eine gemeinsame Erklärung zugunsten der Entwicklung von kohlenstoffarmem Wasserstoff unterzeichnet, in der die Kommission aufgefordert wird, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Darüber hinaus waren sich die Minister über die Bedeutung von Investitionen in die Renovierung von Gebäuden einig, einem Sektor, der eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen Erholung spielen könne bzw. soll. Die Kommission will im September ihre Initiative "Renovierungswelle" vorstellen.

Schließlich hat die Kommission über den Fortschritt der Nationalen Energie- und Klimapläne (NECPs) informiert. Kommissarin Simson darauf hin, dass die Einzelbewertung jedes nationalen Plans durch die Kommissionsdienststellen im Oktober verfügbar sein wird. Gleichzeitig kündigte sie für September die Folgenabschätzung der Auswirkungen einer möglichen Erhöhung der für 2030 festgelegten Klimaziele an. Nach vorläufigen Analysen könne der Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix der EU bis 2030 ein Niveau von über 33 % (gegenüber dem geltenden Ziel von 32 %) erreichen. Im Hinblick auf die Energieeffizienz wurde der Rückstand gegenüber dem aktuellen Ziel (Verbesserung der Energieeffizienz um mindestens 32,5 %) im Vergleich zu den Entwürfen der nationalen Pläne verringert, bleibe aber weiterhin beträchtlich, betonte Frau Simson. Schließlich stellte die kommende deutsche Ratspräsidentschaft ihr Arbeitsprogramm vor ("Erneuerungswelle", Offshore-Erneuerbare Energien, intelligente Integration der Sektoren und Wasserstoff).

[Pressekonferenz](#) - Video

[European Green Deal](#)

Europäischer Rechnungshof rügt Verzögerungen beim transeuropäischen Kernnetz

Am 16. Juni 2020 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) in einem Sonderbericht Verzögerungen bei der Fertigstellung des transeuropäischen Kernnetzes (TEN-V) bemängelt. Bereits am 21.04.2020 hatte der ERH die schleppende Fertigstellung des Schnellstraßennetzes in den TEN-V-Korridoren kritisiert (EB 08/20). Sechs der acht untersuchten Großprojekte, darunter der Brenner-Basistunnel, mit einem Volumen von insgesamt 54 Mrd. € (davon 7,5 Mrd. € an EU-Mitteln) werden voraussichtlich nicht wie geplant bis 2030 mit voller Kapazität zur Verfügung stehen. Die Verzögerungen bei den Bauarbeiten schreibt der ERH u. a. einer mangelhaften Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten sowie unterschiedlichen Planungsverfahren und Investitionsprioritäten zu. Darüber hinaus stiegen die Kosten für die acht untersuchten Großprojekte um mehr als 17 Mrd. € (+47 %). Der ERH kritisiert die Kommission, dass keine unabhängige Beurteilung der Bauspezifikationen auf Grundlage des verkehrlichen Nutzens stattfand.

[Pressemitteilung](#)

[Sonderbericht 10/2020](#)

Rat bestätigt Maßnahmen zur Verwirklichung des Verkehrsnetzes (TEN-V)

Am 17. Juni 2020 hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV) die zwischen dem Europäischen Parlament (EP) und dem Rat erzielte politische Einigung vom 9. Juni 2020 zur Straffung von Maßnahmen zur Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) bestätigt.

Abweichend vom ursprünglichen Vorschlag der Kommission einigten sich die beiden gesetzgebenden Organe auf die Rechtsform einer Richtlinie, damit die Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Umsetzung erhalten.

Die Richtlinie erstreckt sich auf Vorhaben, die entweder Teil von vorermittelten Abschnitten des TEN-V-Kernnetzes sind oder in diesem Gesamtkosten von mehr als 300 Mio. € aufweisen. Vorhaben, die ausschließlich Telematikanwendungen oder neue Technologien betreffen, fallen nicht in den Anwendungsbereich. Die Mitgliedstaaten können die Richtlinie jedoch auch auf andere Vorhaben des TEN-V-Kernnetzes und -Gesamtnetzes anwenden. Die Mitgliedstaaten werden eine Behörde benennen, die für die Vorhabenträger als Hauptansprechpartner fungiert. Je nach Vorhabenkategorie, Verkehrsträger oder geografischem Gebiet können auch unterschiedliche Behörden benannt werden.

Für das gesamte Genehmigungsverfahren soll eine Höchstdauer von vier Jahren gelten. Diese Frist kann in hinreichend begründeten Fällen zweimal verlängert werden. Nach Inkrafttreten der Richtlinie haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, um die Bestimmungen in nationales Recht umzusetzen. Eine förmliche Abstimmung sowohl im Rat als auch im EP erfolgt nach Bestätigung der neuen Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0).

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Kompromisstext](#) (in englischer Sprache)

Statistiken zur Straßenverkehrssicherheit 2019 – Was steckt hinter den Zahlen?

Die Kommission hat am 11. Juni 2020 die neuesten Statistiken zur Verkehrssicherheit vorgestellt. Danach wurden im Jahr 2019 in den 27 EU-Mitgliedstaaten ca. 22.800 Verkehrstote erfasst. Dies sind fast 7.000 weniger als 2010 und entspricht einem Rückgang um 23 %. Im Vergleich zu 2018 sank die Zahl um 2 %. Dabei haben sich die Fortschritte trotz eines weiterhin rückläufigen Trends seit 2013 in den meisten Ländern verlangsamt, sodass das EU-Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 (im Vergleich zu 2010) zu halbieren, verfehlt wird. Dennoch könnte sich 2020 als ein besonderes Jahr erweisen. Erste Anzeichen deuten nämlich darauf hin, dass aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus die Zahl der Verkehrstoten deutlich zurückgehen dürfte – wenn auch nicht genug, um das Ziel noch erreichen zu können.

Die Entwicklung in den Mitgliedsstaaten ist jedoch sehr unterschiedlich. In einem Drittel der Mitgliedstaaten ist die Zahl der Verkehrstoten seit 2010 um 30 % oder mehr gesunken. Schweden (-32 %), Finnland (-14 %) und Lettland (-12 %) verzeichneten den stärksten Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Im Gegensatz dazu stiegen in Dänemark die Zahlen um 20 % deutlich an, während die Zunahme in der Slowakei (+7 %), in Litauen (+6 %) und Belgien (+6 %) geringer ausfiel.

Insgesamt acht Mitgliedstaaten (Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Kroatien, Lettland, Luxemburg und Schweden) verzeichneten 2019 ihre niedrigste jemals erfasste Zahl von Verkehrstoten.

[Statistiken zur Straßenverkehrssicherheit](#)

Kommission holt Meinungen zu Gebäuderenovierung ein

In einer öffentlichen [Konsultation](#) bittet die Kommission um Meinungen, wie regulatorische, politische und finanzielle Instrumente die energie- und kosteneffiziente Renovierung von Gebäuden begünstigen können. Gemeint sind sowohl Privathaushalte als auch öffentliche Gebäude. Die Renovierung von Gebäuden kann einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals leisten: 40 % des Energieverbrauchs und 36 % der Treibhausgasemissionen in der EU entfallen auf den Gebäudesektor. Die Konsultation läuft bis zum 9. Juli.

[Die Konsultation](#)

[Fahrplan](#) für die Konsultation zur Initiative „Renovierungswelle“

[Vorschlag](#) der Kommission für einen umfassenden Wiederaufbauplan

[Ein europäischer Grüner Deal](#)

Bewertung der Kostensenkungsrichtlinie für den Breitbandausbau

Die Kommission hat am 19. Juni 2020 einen Bewertungsfahrplan („Evaluation Roadmap“) zur Überprüfung der EU-Richtlinie über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation („Kostensenkungsrichtlinie“) veröffentlicht. Die Richtlinie soll im Lichte der aktuellen technologischen, marktbezogenen und regulatorischen Entwicklungen überprüft werden.

Ziel ist es, eine effizientere und schnellere Bereitstellung von Netzen mit sehr hoher Kapazität, einschließlich Glasfaser und 5G, zu fördern und die Angleichung an den Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation sicherzustellen. Voraussichtlich soll die Gesetzgebung auch um Nachhaltigkeitsaspekte ergänzt werden.

Jede/r Bürger/in, Interessenträger/in oder Organisation kann bis zum 17. Juli 2020 über den unten stehenden Link eine Rückmeldung an die Kommission geben (Freitext und Anlagen bis zu einer Dateigröße von 5 MB). Eine auf den ersten Rückmeldungen basierende strukturierte öffentliche Konsultation mittels Fragebogen ist für das 3. Quartal 2020 vorgesehen.

[Website zur Evaluation mit Link zum Online-Formular für Rückmeldungen](#)

[Kostensenkungsrichtlinie](#)

Bewertung der EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen beim Breitbandausbau

Die Kommission hat am 16. Juni 2020 einen Bewertungsfahrplan („Evaluation Roadmap“) zur Überprüfung der EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen im Breitbandsektor veröffentlicht. Die gegenwärtigen Regelungen sollen den Ausbau befördern und dabei sicherstellen, dass die öffentlichen Mittel in Gebiete gelenkt werden, in denen sie am dringendsten benötigt werden (hauptsächlich ländliche und abgelegene Regionen). Außerdem soll verhindert werden, dass private Investitionen verdrängt werden. Zur Überprüfung dieses Regelwerkes soll nun bewertet werden, ob die Beihilfevorschriften arbeiten wie vorgesehen, auf technologische Entwicklungen reagieren und ausreichen, um die neuen EU-Ziele zu erreichen.

Jede/r Bürger/in, Interessenträger/in oder Organisation kann bis zum 11. August über den unten stehenden Link eine Rückmeldung an die Kommission geben (Freitext und Anlagen bis zu einer Dateigröße von 5 MB). Eine auf den ersten Rückmeldungen basierende strukturierte öffentliche Konsultation mittels Fragebogen ist für das 3. Quartal 2020 vorgesehen.

[Webseite zur Evaluation](#)

[Erklärvideo](#)

Deutschland im digitalen Vergleich in der EU an Platz zwölf

Wie es um die Digitalisierung in der EU steht und in welchen Bereichen die Mitgliedstaaten Fortschritte gemacht haben, zeigt der [Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft \(DESI\) für 2020](#), den die EU-Kommission am 11. Juni 2020 in Brüssel veröffentlicht hat. Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande stehen bei der Gesamtleistung im digitalen Bereich in der EU an der Spitze. Deutschland steht beim europäischen Vergleich der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft an zwölfter Stelle.

Laut DESI 2020 wurden in allen Mitgliedstaaten und in allen im Index gemessenen Schlüsselbereichen Fortschritte erzielt. Dies ist im Kontext der COVID-19-Pandemie umso wichtiger, denn sie hat gezeigt, dass digitale Technik inzwischen eine ganz wesentliche Rolle spielt. Zudem zeigt der Bericht, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Bemühungen verstärken sollten, um eine bessere Abdeckung mit Netzen mit sehr hoher Kapazität, die Zuteilung von 5G-Frequenzen im Interesse der kommerziellen Einführung von 5G-Diensten, die Erweiterung der digitalen Kompetenzen der Bürger und die weitere Digitalisierung von Unternehmen und des öffentlichen Sektors zu erreichen.

Die größten EU-Volkswirtschaften gehören jedoch nicht zur Spitzengruppe, was dafür spricht, dass das Tempo der Digitalisierung angezogen werden muss, wenn die EU die doppelte Herausforderung des ökologischen und des digitalen Wandels meistern will. In den letzten 5 Jahren hat Irland die bedeutendsten Fortschritte gemacht, gefolgt von den Niederlanden, Malta und Spanien. Gemessen am DESI-Wert liegen diese Länder auch deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Hinsichtlich der Abdeckung der Netze mit sehr hoher Kapazität (Very High Capacity Networks – VHCN) liegt Deutschland allerdings nur auf Rang 21 und damit unter dem EU-Durchschnitt. Ebenso erreicht es bei den digitalen öffentlichen Diensten nur den 21. Platz.

[Pressemitteilung](#)

Roaming-Verordnung läuft aus: Kommission eröffnet Konsultation für neue Gesetzgebung

Die seit 2017 in der EU geltenden Roaming-Regeln laufen 2022 aus. Die Kommission will diese verlängern und überarbeiten. Aus diesem Grund hat sie dazu am 19. Juni 2020 eine öffentliche Konsultation eröffnet.

Mit der Verordnung haben die EU-Gesetzgeber Roamingentgelte für Reisende in der EU sowie in Island, Liechtenstein und Norwegen im Juni 2017 abgeschafft. Dank dieser Regeln zahlen Verbraucher und Unternehmen keine zusätzlichen Kosten auf Mobilfunkdienste (Telefonieren, SMS oder Daten), wenn sie in diesen Ländern auf Reisen sind.

Während das langfristige Ziel darin besteht, Roaming wie zu Hause ohne Marktregulierung zu garantieren, erscheinen mittelfristig bestimmte gesetzgeberische Maßnahmen weiterhin notwendig. Die Konsultation wird 12 Wochen dauern.

[Konsultation](#)

WiFi4EU: Vorläufige Ergebnisse der vierten Ausschreibungsrunde für WLAN-Förderung

Vom 3. bis 4. Juni 2020 fand die vierte und letzte WiFi4EU-Ausschreibungsrunde statt. Mehr als 8.600 europäische Gemeinden bewarben sich dabei laut Kommission um 947 Gutscheine über je 15.000 €, also insgesamt 14,2 Mio. €. Durch WiFi4EU sollen Gemeinden bzw. Gemeindegruppen in der EU, Norwegen und Island kostenlose WLAN-Hotspots im öffentlichen Raum einrichten können und so zur Unterstützung des Tourismus und zur größeren Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen beitragen. Die EU-Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA) vergibt die Gutscheine nach dem Windhundverfahren und soll dabei ein geografisches Gleichgewicht gewährleisten. Zwischen 2018 und 2020 seien mehr als 8.900 Gutscheine an Teilnehmer in 30 Staaten vergeben worden, meldete die Kommission. Das Programm habe gezeigt, wie stark die Nachfrage der Bürger nach WLAN-Förderung sei. Mehr als 70 % der teilnahmeberechtigten Kommunen aus Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Irland, Litauen, Portugal und Slowenien hätten einen WiFi4EU-Gutschein erhalten. Jeder teilnehmende Staat erhalte garantiert mindestens 15 Gutscheine. U. a. um sicherzustellen, dass alle verfügbaren Gutscheine zugeteilt werden, gebe es bei diesem letzten Aufruf keine Höchstzahl von Gutscheinen pro Teilnehmerland.

[Meldung der Kommission zu WiFi4EU vom 09/19.06.2020](#) (in englischer Sprache)

[Liste der für WiFi4EU registrierten Gemeinden](#) (auch in deutscher Sprache abrufbar)

Kommission legt technische Merkmale für 5G-Netzinfrastruktur fest

Um die für den Ausbau der 5G-Technik notwendige Infrastruktur voranzubringen, hat die EU-Kommission am 30. Juni 2020 die notwendigen technischen Merkmale für kleinflächige drahtlose Zugangspunkte (kleine Zellen) oder kleine Antennen festgelegt. Damit sind diese EU-weit von der Einzelgenehmigungspflicht ausgenommen, was den Ausbau beschleunigt.

Als Teil des neuen [EU-Telekommunikationsrechts](#), das im Dezember 2018 in Kraft getreten ist, und nach mehreren [öffentlichen Konsultationen](#) legt die nun verabschiedete Durchführungsverordnung die physischen und technischen Merkmale kleiner Zellen für 5G-Netze fest. Sie soll zur Vereinfachung und Beschleunigung von 5G-Netzinstallationen beitragen, was durch ein genehmigungsfreies Einführungssystem erleichtert werden sollte. Dabei soll gleichzeitig sichergestellt werden, dass die nationalen Behörden die Aufsicht behalten.

Gleichzeitig sollten kleinflächige drahtlose Zugangspunkte den Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Menschen gewährleisten, indem sie sich an strenge europäische und internationale Grenzwerte für die Exposition gegenüber elektromagnetischen Feldern halten, die 50 Mal niedriger sind als die internationalen wissenschaftlichen Empfehlungen. Ihre visuelle und ästhetische Wirkung sollte minimal sein, indem sie entweder unsichtbar oder in einer nicht behindernden Weise auf ihrer tragenden Struktur montiert werden.

[Pressemitteilung](#)

Geförderte Projekte aus dem Bereich des Energieministeriums

[Zuwendungsbescheid für Kita Schneckenhaus](#)

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Sport

Am 2. Juni 2020 tauschten sich die EU-Sportminister zusammen mit EU-Kommissarin Mariya Gabriel (Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend) über die Auswirkungen der Pandemie auf den Sportbereich aus. Die Corona-Krise habe Einnahmen vieler Sportorganisationen bis hin zur existenziellen Bedrohung geschmälert. Die Gesundheit der Bürger hat allerdings auch weiterhin oberste Priorität. Die Minister betonten die wirtschaftliche, gesundheitsfördernde wie soziale Wichtigkeit des Sports. Es müsse daher geprüft werden, wie neben dem Sportprogramm in Erasmus+ auch andere EU-Fonds für den Sport genutzt werden könnten. Der Dialog zur sicheren Wiederaufnahme des Sportbetriebs sei EU-weit, aber auch national auf allen Ebenen fortzusetzen.

[Pressemitteilung](#)

Wiederaufbau des Sportsektors nach der Corona-Pandemie

Am 22. Juni 2020 veröffentlichte der Rat der Europäischen Union Schlussfolgerungen zum Wiederaufbau des Sportsektors nach der Corona-Pandemie. Der Sportsektor sei von der Pandemie, auch wirtschaftlich, hart getroffen worden. Gleichzeitig habe sich der Sport als überaus wichtig für die physische und psychische Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, den Sportsektor über bestehende EU-Programme wie Erasmus+ zu fördern, darüber hinaus solle der Einsatz europäischer Wiederaufbauprogramme wie SURE (vorübergehende Unterstützung zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in der Krise) zugunsten des Sportsektors geprüft werden. Die regulären Sportförderprogramme auf nationaler und lokaler Ebene gelte es fortzusetzen. Der Sportsektor selbst wird weiterhin zur umsichtigen Beachtung der behördlichen Hygienevorschriften aufgerufen.

[Pressemitteilung des Rats](#) (englisch)

[Ratsschlussfolgerungen](#)

EU-weiter Bericht zum demographischen Wandel vorgestellt

Die Kommission hat am 17. Juni 2020 ihren ersten europaweiten [Bericht](#) über die Auswirkungen des demografischen Wandels veröffentlicht. Darin werden die Triebkräfte dieses langfristigen Veränderungsprozesses und seine Auswirkungen auf ganz Europa vorgestellt.

Für Mecklenburg-Vorpommern zeichnen sich deutliche Werte ab im Bereich Abwanderung jüngerer Personen und einer entsprechenden Zunahme der älteren Bevölkerung. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Bedarfe an öffentlichen Infrastruktur (z.B. im Gesundheits- und Pflegewesen, Bildung, aber auch mit Hinblick auf Digitalisierung und Verkehrswesen/-netze, öffentlicher Nahverkehr).

Auch hinsichtlich der Ausbildung und des „Haltens“ der Arbeitskräfte nach der Lehre sind deutliche Trends in Richtung Abwanderung erkennbar. Dies soll mit Attraktivitätssteigerung u.a. durch Zuhilfenahme von Fonds wie EFRE und ELER abgemildert werden.

Wie einige andere Regionen steht auch Mecklenburg-Vorpommern vor der doppelten Herausforderung, dass das Einkommensniveau niedrig und die Bevölkerung rasch rückläufig ist.

Zusätzliche Informationen finden Sie in dieser [Ausgabe der Europa-Informationen Aktuell](#).

Projekt gegen Desinformation

Die unabhängige Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) hat am 8. Juni 2020 ihre Arbeit aufgenommen. Unter der Leitung des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz soll die Beobachtungsstelle den Aufbau und die Arbeit einer multidisziplinären Gemeinschaft aus Faktenprüfern, Forschern und anderen relevanten Fachleuten aus dem Bereich der Online-Desinformation unterstützen. Die Beobachtungsstelle erhält 2,5 Mio. € aus dem europäischen Förderprogramm „Connecting Europe Facility“. Dem Konsortium gehören das Athener Technologiezentrum (Griechenland), die Universität Aarhus (Dänemark) und die Organisation Pagella Politica (Italien) an.

[Pressemitteilung](#)

Bewertung der Bekämpfung von Desinformation

Die Kommission und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell legten am 10. Juni 2020 eine [Bewertung](#) ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie und Vorschläge für das weitere Vorgehen vor. Damit kommen sie der [Aufforderung](#) der europäischen Staats- und Regierungschefs vom März 2020 nach. Die Kommission will zwischen illegalen Inhalten und Inhalten, die zwar schädlich, aber nicht illegal sind, unterscheiden, auch sei es wichtig, ob dies dem Sendenden bekannt gewesen sei. Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und anderen Organisationen sei weiter zu fördern. Kommunikationsplattformen sollten monatliche Berichte mit genaueren Daten zu ihren Maßnahmen vorlegen. Damit sollen verlässliche Inhalte gefördert und Desinformation im Zusammenhang mit dem Coronavirus und damit verbundene Werbung eingedämmt werden. Medienkompetenzprojekte und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen können aus Sicht der Kommission zur Stärkung des Meinungspluralismus beitragen. Dies soll in die künftige Arbeit der EU zur Bekämpfung von Desinformation einfließen, insbesondere in den Europäischen Aktionsplan für Demokratie und das Gesetzespaket über digitale Dienste.

[Pressemitteilung](#)

139. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Vom 30. Juni bis 2. Juli 2020 fand die 139. Plenartagung des Ausschusses der Regionen statt. Die Mitglieder konnten aufgrund der Corona-Pandemie auch online an der Sitzung teilnehmen.

Gastredner waren Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Šuica, Kommissar Janez Lenarčič, Kommissar Johannes Hahn und Kommissar Thierry Breton. Im Plenum sind neben der Corona-Pandemie u.a. folgende Themen behandelt worden:

- Europäisches Klimagesetz: Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität
- Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt
- Fonds für einen gerechten Übergang
- Die Auswirkungen des demografischen Wandels
- Der Green Deal
- Entschließung zum überarbeiteten MFR für 2021–2027
- Entschließung zu den Vorschlägen für das Arbeitsprogramm der Kommission für 2021

Mecklenburg-Vorpommern wurde durch Herrn Tilo Gundlack, Mitglied des Landtages, vertreten.

[Tagesordnung](#)

Meereswirtschaft ebnet den Weg für europäischen Grünen Deal

Die maritime Wirtschaft kann einen erheblichen Anteil zum Umwelt- und Klimaschutz liefern und damit entscheidend zum Erfolg des europäischen Grünen Deals beitragen, der die EU bis 2050 klimaneutral machen soll. Das geht aus dem [Bericht](#) zur Meereswirtschaft 2020 hervor, den die EU-Kommission am 11. Juni 2020 vorgelegt hat.

Mit einem Volumen von 750 Mrd. € im Jahr 2018 und einem Zuwachs um 11,6 % im Vergleich zum Vorjahr sowie insgesamt rund 5 Mio. Beschäftigten stellen Fischerei, Tourismus, Meeresenergie und blaue Biotechnologie einen wichtigen Wirtschaftssektor in der EU dar.

Die Kommission will weiterhin nachhaltiges Wachstum im maritimen Sektor durch die Blaue Wachstumsstrategie der Europäischen Union fördern. Ziel der langfristigen EU-Strategie „Blaues Wachstum“ ist es, das nachhaltige Wachstum in allen marinen und maritimen Wirtschaftszweigen zu unterstützen: Meere und Ozeane sind Motoren für die europäische Wirtschaft und verfügen über ein großes Innovations- und Wachstumspotenzial. Diese Strategie ist der Beitrag der integrierten Meerespolitik zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Zu den konkreten Maßnahmen der integrierten Meerespolitik gehören:

[Meereskenntnisse](#) – zur Verbesserung des Zugangs zu Informationen über das Meer

[maritime Raumordnung](#) – zur Gewährleistung eines wirksamen und nachhaltigen Managements der Aktivitäten auf See

[integrierte Meeresüberwachung](#) – zur Verbesserung der Informationen für Behörden über maritime Tätigkeiten

Neuer Generaldirektor des Ostseeratssekretariats

Botschafter Grzegorz Marek Poznanski ist mit Wirkung ab dem 1. September 2020 zum neuen Generaldirektor des Ostseeratssekretariats in Stockholm ernannt worden. Er folgt auf Botschafterin Maira Mora, deren Amtszeit regulär im August 2020 endet.

Eine Hauptaufgabe des neuen Generaldirektors wird die Umsetzung der Reform des Ostseerates sein, die die Außenminister der Mitgliedstaaten bei ihrer Video-Konferenz am 19. Juni 2020 der Außenminister in der „Bornholm Declaration“ beschlossen haben.

[Ostseerat](#)

Ostseeparlamentarierkonferenz und Stakeholder-Forum zur EU-Ostseestrategie

Aufgrund der fortbestehenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden wichtige Ostsee-Konferenzen im zweiten Halbjahr 2020 nur online statt. Dies gilt für die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz, die nun am 24. August 2020 online durchgeführt wird. Ursprünglich war Vilnius als Gastgeber vorgesehen. Auch das in Turku geplante Stakeholder Forum für die EU-Ostseestrategie wird online durchgeführt (20. Oktober 2020).

[Ostseeparlamentarierkonferenz](#), [Stakeholder Forum EU-Ostseestrategie](#)

Schleswig-Holstein: Vorsitz in der Norddeutschen Koordinierung in Ostseeangelegenheiten

Zum 1. Juli 2020 übernimmt Schleswig-Holstein turnusgemäß den Vorsitz von Mecklenburg-Vorpommern in der Zusammenarbeit der norddeutschen Länder mit dem Auswärtigen Amt in Ostseeangelegenheiten. Neben den genannten Ländern beteiligen sich Brandenburg und Hamburg an dieser Zusammenarbeit. Schwerpunkte während des zu Ende gehenden MV-Vorsitzjahres waren die Überarbeitung des Aktionsplans zur EU-Ostseestrategie, die Reform des Ostseerates sowie die Vorbereitung der kommenden EU-Programmperiode 2021 – 2027 im Hinblick auf die Ostseekooperation.

Ebenfalls zum 1. Juli 2020 wird das Auswärtige Amt den Vorsitz in Gruppe der Nationalen Koordinatoren übernehmen, die die Umsetzung der EU-Ostseestrategie steuert.

Die Baltic Sea Youth Platform bietet Mitarbeit in Arbeitsgruppen an

Die Organisatoren der Baltic Sea Youth Platform bieten jungen Erwachsenen bis 30 Jahre die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen der Plattform an, etwa in den Bereichen Forschung, Städte und Kultur, Kommunikation oder IT.

Die Inhalte des am 12. und 13. Juni 2020 durchgeführten Baltic Sea Youth Camps stehen online zur Verfügung. Adressiert wurden die Themen Nachhaltigkeit in der Ostseepolitik, die Arbeit des Ostseerates und die EU-Ostseestrategie.

[Baltic Sea Youth Platform](#)

13. Laufende Konsultationen

| Bank- und Finanzdienstleistungen | |
|-------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 26. Mai 2020 – 8. September 2020 | Investment protection and facilitation framework |
| 7. Mai 2020 – 13. August 2020 | Money laundering and terrorism financing – action plan |
| Binnenmarkt | |
| 25. Mai 2020 – 14. September 2020 | Upload of software on radio equipment |
| Handel | |
| 11. März 2020 – 3. Juni 2020 | Trade – preferential tariff scheme between the EU and developing countries (update) |
| Digitale Wirtschaft und Gesellschaft | |
| 2. Juni 2020 – 8. September 2020 | Digital Services Act: deepening the Internal Market and clarifying responsibilities for digital services |
| 2. Juni 2020 – 8. September 2020 | Digital Services Act package: ex ante regulatory instrument of very large online platforms acting as gatekeepers |
| Energie | |
| 18. Mai 2020 – 13. Juli 2020 | Trans-European energy infrastructure – revision of guidelines |
| Umwelt | |
| 14. Mai 2020 – 20. August 2020 | Adapting to climate change – EU strategy |
| 7. Mai 2020 – 30. Juli 2020 | Waste shipments – revision of EU rules |
| Maritime Angelegenheiten und Fischerei | |
| 13. Mai 2020 – 5. August 2020 | Deep-sea fishing in the north-east Atlantic – evaluation of EU rules |
| 17. Juni 2020 – 31. August 2020 | Fangmöglichkeiten für das Jahr 2021 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik |
| Landwirtschaft und ländliche Entwicklung | |
| 8. Mai 2020 – 11. September 2020 | Evaluation of the EU agricultural promotion policy |
| 2. März 2020 – 6. Juli 2020 | Evaluation of the EU legal framework on food irradiation |
| Beschäftigung und Soziales | |
| 10 June 2020 - 2 September 2020 | European Globalisation Adjustment Fund – final evaluation (2014-20) |
| Steuern | |
| 25. Mai 2020 – 14. September 2020 | VAT scheme for travel agents (evaluation) |

Wettbewerb

26. Juni 2020 – 9. Oktober 2020

[EU competition law – market definition notice \(evaluation\)](#)

3. Juni 2020 – 8. September 2020

[New competition tool](#)

Öffentliches Gesundheitswesen

16. Juni 2020 – 15. September 2020

[Pharmaceuticals – safe and affordable medicines \(new EU strategy\)](#)

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

22. Juni 2020 – 9. November 2020

[Aid programme for the Turkish Cypriot community – evaluation](#)

14. Termine

Europäische Kommission

| | |
|--------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 29. Juni – 03. Juli 2020 | Start der Just Transition-Plattform - Virtuelle Woche der Kohlenregionen im Wandel und Seminar der kohlenstoffintensiven Regionen |
| 30. Juni – 01. Juli 2020 | Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung: Rückblick auf die vorausschauende Planung |
| 02. Juli 2020 | EIC ePitching mit Investoren in den Bereichen „Internet der Dinge“ und „Smart Cities“: Bereit für den nächsten Schritt? |
| 06. Juli – 09. Juli 2020 | 28. Europäische Konferenz und Ausstellung zum Thema Biomasse (EUBCE) – Marseille, Frankreich |
| 13. Juli – 17. Juli 2020 | Gesundheitsökonomischer Workshop (HEW 2020) - Ispra, Italien |

Rat der Europäischen Union

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des Rates](#)

| | |
|-------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|
| 06. Juli 2020 | Informelle Justizminister-Tagung |
| 07. Juli 2020 | Informelle Justiz- und Innenminister-Tagung |
| 09.. Juli 2020 | Euro-Gruppe |
| 10. Juli 2020 | Videokonferenz auf Ministerebene „Wirtschaft und Finanzen“ |
| 13. Juli 2020 | Rat (Auswärtige Angelegenheiten) |
| 15. Juli 2020 | Rat (Allgemeine Angelegenheiten) |
| 17. Juli 2020 - 18. Juli 2020 | Sondertagung des Europäischen Rates, 17./18. Juli 2020 |
| 20. Juli 2020 | Rat (Landwirtschaft und Fischerei) |
| 24. Juli 2020 | Rat "Wirtschaft und Finanzen" (Haushalt) |

Europäisches Parlament

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des EP](#)

| | |
|--------------------------|----------------------------------------------------------------|
| 02. Juli 2020 | Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments |
| 06. Juli – 07. Juli 2020 | Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments |
| 08. Juli – 10. Juli 2020 | Plenarsitzung des Europäischen Parlaments |
| 13. Juli – 16. Juli 2020 | Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments |

Ausschuss der Regionen

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des AdR](#)

| | |
|--------------------------|------------------------------------------------------------------------------|
| 30. Juni – 02. Juli 2020 | 139. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen |
| 09. Juli 2020 | 3. Sitzung der Fachkommission SEDEC – Videokonferenz über Interactio |
| 10. Juli 2020 | 4. Sitzung der Fachkommission COTER – Videokonferenz über Interactio |

15. Ansprechpartner

| Ansprechpartner | Themenbereiche |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dr. Lars Friedrichsen Leiter Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: lars.friedrichsen@mv-office.eu | <i>Institutionelle Fragen, Öffentlichkeitsarbeit</i> |
| Dr. Merten Barnert Komm. stellv. Leiter Telefon: +32-2 741-6006 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu | <i>Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Verkehr, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation</i> |
| Dr. Sylvia Völzer Referentin Telefon: +32-2 741-6774 E-Mail: sylvia.voelzer@mv-office.eu | <i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport</i> |
| Beatrix Bönisch Referentin Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: beatrix.boenisch@mv-office.eu | <i>Wirtschaft, Arbeit, Tourismus, Gesundheit</i> |
| Julia Stark Referentin Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: julia.stark@mv-office.eu | <i>Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Soziales</i> |
| Henning Machedanz Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu | <i>Justiz, Inneres, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen</i> |
| Petra Götz Sachbearbeiterin Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu | <i>Haushalt, Organisation, Verwaltung, Veranstaltungen</i> |
| Alexander Mannewitz Assistenz der Leitung Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu | <i>Administration, IT-Technik, Internet, Veranstaltungen</i> |